



KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2026

FRANKFURT

Vielfalt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.



BIG Bündnis für Innovation
& Gerechtigkeit

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	2
2. Bildung.....	4
3. Jugend.....	7
4. Familie, Frauen & Senioren.....	9
5. Soziale Gerechtigkeit.....	12
6. Gesundheit, Pflege & Ernährung.....	15
7. Wohnen & Stadtentwicklung.....	18
8. Verkehr & Umwelt.....	21
9. Wirtschaft & Arbeit.....	25
10. Zuwanderung.....	28
11. Finanzen & Haushaltsführung.....	30
12. Vielfalt & Teilhabe.....	33
13. Antidiskriminierung.....	35
14. Sicherheit & Ordnung.....	37
15. Bürgerorientierung, Digitalisierung & Barrierefreiheit.....	39
16. Kultur.....	42
17. Frieden & internationale Verantwortung.....	43

1. Vorwort

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

Frankfurt ist eine Stadt mit besonderer Geschichte und außergewöhnlicher Vielfalt. Menschen aus über 180 Nationen leben hier zusammen. Diese Vielfalt ist keine Randerscheinung – sie ist die gesellschaftliche Mitte unserer Stadt: Rund **57% der Frankfurterinnen und Frankfurter haben eine Zuwanderungsgeschichte.**

Doch diese Realität spiegelt sich bis heute nicht ausreichend in politischen Entscheidungen, in der Verwaltung und in Beteiligungsprozessen wider. Noch immer werden zu viele Entscheidungen **über** Menschen getroffen – statt **mit** ihnen. Genau das wollen wir ändern. **Wir wollen diese Stimmen sichtbar machen.**

Frankfurt steht vor großen Herausforderungen: steigende Mieten, wachsende Armut, überlasteter Verkehr, ungleiche Bildungschancen und zunehmende soziale Spannungen. Diese Zustände sind kein Naturgesetz. Sie sind das Ergebnis politischer Prioritäten. Wenn Geld für Prestigeprojekte vorhanden ist, aber nicht für funktionierende Ämter, bezahlbares Wohnen oder eine gute Pflege, dann ist das eine politische Entscheidung.

Gerechtigkeit ist für uns kein abstrakter Begriff – sie entscheidet im Alltag: beim Wohnen, bei der Arbeit, in der Schule und im Umgang mit Behörden. Ungerechtigkeit entsteht nicht zufällig – sie ist politisch gemacht – und kann politisch verändert werden. Darum sagen wir: **Gerechtigkeit ist wählbar.**

Als **BIG – Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit** treten wir am **15. März 2026** mit vielfältigen Kandidatinnen und Kandidaten zur **Kommunalwahl in Frankfurt** an, um diesen Herausforderungen unserer Stadt mit klaren, umsetzbaren Antworten zu begegnen.

Seit über **16 Jahren** setzen wir uns für Anerkennung, Respekt und echte Teilhabe ein. Viele Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten. Ihnen geben wir eine Stimme – eine Stimme, die nicht spaltet, sondern verbindet.

Wir treten an, weil wir überzeugt sind: **Frankfurt braucht vernünftige Lösungen statt Ideologien.** Frankfurt braucht eine Politik, die mutig, gerecht und menschlich ist. Wir stehen für eine Politik, die Bürgerinnen und Bürgern zuhört, sie einbezieht und Lösungen entwickelt, die das Leben in unserer Stadt konkret verbessern.

Wir stehen für eine Stadt, in der **Wohnen bezahlbar** ist, **Arbeit Sicherheit** gibt und Verwaltung respektvoll, transparent und bürgernah arbeitet. Mit klaren Regeln, digitalen Verfahren und einer Verwaltung, die für alle da ist – nicht nur für wenige.

Wir glauben an eine Gesellschaft, in der **Vielfalt als Stärke** verstanden wird. Unser Ziel ist eine Stadt, in der kein Kind aufgrund seiner sozialen oder kulturellen Herkunft benachteiligt wird, kein Mensch Angst vor Diskriminierung haben muss und jeder die Chance erhält, seine Talente frei zu entfalten.

Als BIG richten wir politische Entscheidungen konsequent am Maßstab von **Menschenwürde, Gerechtigkeit und gleichen Chancen für alle** aus. Für uns ist Gerechtigkeit kein Extra und keine Ideologie, sondern die Grundlage des Zusammenlebens – eine Frage der Haltung.

Menschenwürde ist nicht verhandelbar: nicht im Alltag, nicht im Amt und nicht in unserer Stadt. Herkunft, Einkommen oder Status dürfen nicht über Lebenswege entscheiden. Jeder Mensch zählt.

Unser Team ist so vielfältig wie Frankfurt selbst: Frauen und Männer, jung und alt, Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Erfahrungen und Berufen. Diese Vielfalt macht unsere Politik glaubwürdig, nahbar und zukunftsfähig.

Wir setzen uns ein für **soziale Gerechtigkeit**, die **aktive Bekämpfung von Armut** und den **konsequenten Abbau von Diskriminierung** in allen Lebensbereichen. Chancengerechtigkeit, der Schutz von Vielfalt und der Erhalt gemeinsamer Werte stehen im Zentrum unseres politischen Handelns.

Für uns gilt: **Freiheit bedeutet Verantwortung** – Verantwortung für die Würde und die Rechte jedes einzelnen Menschen.

Was uns auszeichnet, sind nicht nur unsere bürgerorientierten und ideologiefreien Forderungen, sondern vor allem unsere Haltung: **Respekt, Anerkennung, Solidarität und das klare Bekenntnis zu gleichen Rechten und Chancen für alle.** Wir verstehen uns als gestaltende politische Kraft, die klare Werte mit konkretem Handeln verbindet – für eine starke, solidarische und zukunftsfähige Stadtgesellschaft.

Unsere Leitlinien sind klar:

- ✓ **Für Chancen- & Teilhabegerechtigkeit**
- ✓ **Für soziale & ökonomische Gerechtigkeit**
- ✓ **Für Werte & Vielfalt & Solidarität & Respekt**

Frankfurt braucht eine Politik, die gerecht, mutig und menschlich ist. Dieses Programm ist kein Papier für die Schublade, sondern ein **Arbeitsplan für die Zukunft unserer Stadt** – gemeinsam entwickelt mit engagierten Frankfurterinnen und Frankfurtern. Es zeigt, wohin wir Frankfurt gemeinsam führen wollen: zu einer Stadt der Chancen, der Gerechtigkeit, des Zusammenhalts und der Hoffnung.

Gerechtigkeit, Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt haben endlich eine starke Stimme in Frankfurt.

Ich lade Sie ein: **Gestalten Sie diesen Weg mit uns.** Zeigen wir gemeinsam, dass Veränderung möglich ist – wenn wir mutig, solidarisch und entschlossen handeln. Beteiligen Sie sich am politischen Meinungsbildungsprozess, denn es geht um **Ihre Rechte, Ihre Werte und die Zukunft unserer Gesellschaft.**

Gemeinsam können wir Frankfurt **fairbessern** – menschlich, gerecht und sozial.

Think BIG – Wähl BIG.

Veränderungen beginnen mit Dir!

Ihr
Haluk Yıldız

2. Bildung

HERAUSFORDERUNG

Gute Bildung braucht gute Bedingungen

Die BIG Partei steht für eine **verlässliche, pragmatische und familienorientierte Bildungspolitik**. Unser Ansatz ist nicht ideologisch, sondern lösungsorientiert.

Bildung entscheidet über die Zukunft unserer Kinder und unserer Stadt. Sie ist der Schlüssel zu Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. In Frankfurt hängt der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen jedoch weiterhin stark von der sozialen Herkunft ab. Kinder aus einkommensschwachen Familien erzielen im Durchschnitt schlechtere Noten, dadurch schlechtere Schulabschlüsse, verlassen häufiger die Schule ohne Abschluss und schaffen seltener den Übergang auf weiterführende Schulen.

Lernen kann jedoch nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Mehr als 100 Schulgebäude in Frankfurt gelten als sanierungsbedürftig. Ein Großteil der rund 176 Frankfurter Schulen weist erhebliche bauliche Mängel auf – viele davon seit Jahren. Marode Schulgebäude, Unterricht in Containern und immer wieder verschobene Neubauten sind für zahlreiche Schülerinnen und Schüler trauriger Alltag. Besonders häufig werden unzumutbare Zustände bei Schultoiletten berichtet. Das ist nicht hinnehmbar.

Gute Bildung braucht sichere, moderne und funktionierende Schulen. Frankfurt muss den Sanierungsstau konsequent abbauen und Bildung endlich wieder zur echten Priorität machen. Schulgebäude müssen saubere, sichere und motivierende Lernorte sein – mit funktionierenden Sanitäreinrichtungen, wirksamem Hitzeschutz und zeitgemäßen Unterrichtsräumen.

Auch Ernährung ist eine zentrale Voraussetzung für Lernerfolg. Eine ausgewogene und regelmäßige Verpflegung fördert Konzentration, Lernleistung sowie die körperliche und geistige Entwicklung. Ein kostenfreies Schulmittagessen wirkt wirksam gegen Kinderarmut, entlastet Familien und stärkt Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Zugleich sind digitale Lernbedingungen ungleich verteilt. Während einige Schulen über Tablets, WLAN und digitale Tafeln verfügen, fehlen an Anderen selbst grundlegende Voraussetzungen für zeitgemäßen Unterricht.

Hinzu kommt ein gravierender Lehrkräftemangel. Unterrichtsausfälle gehören für viele Frankfurter Familien inzwischen zum Alltag. Statt individueller Förderung erleben Kinder Leistungsdruck, fehlende Unterstützung und überlastete Lehrkräfte. Dadurch werden Bildungschancen ungleich verteilt und insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Familien systematisch benachteiligt.

UNSERE HALTUNG

Wir sind überzeugt: **Jedes Kind in Frankfurt hat das Recht auf gleiche Bildungschancen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort.** Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Sie ist ein Menschenrecht und die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft.

Unser Ziel ist eine Schule, die integriert statt auszugrenzen. Eine Schule, die Kinder nicht durch Notendruck aussortiert, sondern Talente erkennt und individuell fördert. Eine Schule, die Vielfalt anerkennt und Mehrsprachigkeit als Stärke begreift. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das Kinder stark macht – für ihre persönliche Entwicklung, ihre berufliche Zukunft und ihr Leben in einer demokratischen Gesellschaft.

UNSERE FORDERUNGEN

Um Bildungsgerechtigkeit in Frankfurt konkret umzusetzen, fordern wir:

Schulen modernisieren mit Tempo, Qualität und externer Expertise

- **Sanierungsoffensive für Frankfurter Schulen:** Schülerinnen und Schüler sollen in festen, gut ausgestatteten Klassenzimmern lernen – nicht in Containern. Wir setzen beim Schulbau auf klare Ausschreibungen, schnelle und transparente Vergabeverfahren sowie die Einbindung erfahrener privater Unternehmen.
- Die Stadt Frankfurt konzentriert sich auf Steuerung, Kontrolle und Qualitätssicherung, während Planung, Bau, Sanierung und Betrieb von Schulen transparent ausgeschrieben und an leistungsfähige private Unternehmen vergeben werden, mit festen Zeitplänen, klaren Kostenrahmen und verbindlichen Qualitätsstandards. So entstehen schneller moderne, sichere und gut ausgestattete Schulen, ohne dass Kostenrisiken und Bauverzögerungen weiterhin zulasten von Kindern, Eltern und Lehrkräften gehen.
- **Regelmäßige Schülerbefragungen,** um den Zustand und die Qualität der Ausstattung der Schulen systematisch zu bewerten.
- **Vorhandene Flächen nutzen:** Bereits angekaufte oder angemietete, bislang ungenutzte Liegenschaften müssen zügig für schulische Zwecke erschlossen werden. Stillstand kostet Zeit, Geld und Bildungschancen.

Hitzeschutz ernst nehmen

- **Gesund lernen auch bei Hitze:** Wir fordern ein stadtweites Hitzeschutzkonzept für alle Schulen und Kitas – sowohl im Bestand als auch bei Neubauten. Dazu gehören wirksamer Sonnenschutz, Begrünung, Trinkwasserspender sowie moderne Kühl- und Lüftungssysteme.
- **Fürsorgepflicht umsetzen:** Kinder und Lehrkräfte müssen auch bei zunehmenden Hitzewellen wirksam geschützt werden. Das ist Teil der Fürsorgepflicht der Stadt Frankfurt.

Kostenfreies, gesundes Schulmittagessen

- Alle Schülerinnen und Schüler an Grund- und Förderschulen sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern ein **warmes, gesundes und kostenfreies Mittagessen** erhalten.

- **Verbindliche Qualitätsstandards** für eine gesunde, nachhaltige und kultursensible Verpflegung:
 - Verwendung regionaler, saisonaler und möglichst biologisch erzeugter Lebensmittel
 - tägliche vegetarische Alternativen
 - Berücksichtigung religiöser und kultureller Bedürfnisse
 - kostenfreie Ausgabe von frischem Obst und Gemüse aus regionalem Anbau
 - kostenloses Trinkwasser zu jeder Mahlzeit

Weitere bildungspolitische Maßnahmen

- **Mehr Lehrkräfte für Frankfurt:** Wir fordern vom Land zusätzliche Lehrerstellen. Ziel sind Klassen mit maximal 25 Schülerinnen und Schülern, um individuelle Förderung zu ermöglichen.
- **Schule ohne Noten:** Wir möchten Pilotprojekte starten, die alternative Bewertungsformen erproben – mit Lernentwicklungsberichten und individueller Förderung statt Leistungsdruck durch Zensuren.
- **Digitale Chancengleichheit:** Wir fordern kostenfreie Tablets für alle Schülerinnen und Schüler sowie freien Internetzugang an allen Frankfurter Schulen.
- **Frühkindliche Sprachförderung:** Wir setzen uns für eine umfassende frühkindliche Sprachförderung ab der Kita ein.
- **Kostenlose Lern- und Hausaufgabenangebote** für alle Kinder.
- **Mehrsprachigkeit in Kitas und Schulen stärken:** In bestehenden Kitas und Schulen sollen Herkunftssprachen wie Türkisch, Arabisch oder Russisch **als zweite Fremdsprache** anerkannt, flächendeckend und bedarfsgerecht angeboten werden.
- **Stärkung der Schulsozialarbeit und Schulassistenten:** Jede Schule braucht qualifizierte Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zur Unterstützung von Kindern und Familien sowie Assistenzkräfte für Inklusion.

UNSER ZIEL

Frankfurt ist eine Bildungsstadt mit großem Potenzial. Wir stehen für **Investieren statt verträsten** und **Umsetzen statt verwalten**.

Chancen dürfen nicht vererbt werden. Mit unserer Politik sorgen wir dafür, dass dieses Potenzial allen Kindern zugutekommt – nicht nur denen aus privilegierten Familien. Bildungsgerechtigkeit beginnt vor Ort: in unseren Schulen, Kitas und Stadtteilen.

BIG steht für gleiche Chancen von Anfang an.

3. Jugend

HERAUSFORDERUNG

Die Jugend ist die Zukunft unserer Stadt. Dennoch fühlen sich viele junge Menschen in Frankfurt nicht ausreichend gesehen, beteiligt oder gefördert. Zahlreiche Jugendliche berichten, dass ihre Anliegen in der Politik kaum Beachtung finden. Viele erleben Perspektivlosigkeit – insbesondere beim Übergang von der Schule in den Beruf. Ausbildungsplätze sind knapp, Beratungsangebote überlastet und die Chancen stark abhängig von schulischen Leistungen und sozialem Hintergrund.

Gleichzeitig fehlt es in Frankfurt an attraktiven, sicheren und bezahlbaren Freizeit- und Begegnungsorten für Jugendliche. Viele bestehende Jugendzentren leisten wichtige Arbeit, sind jedoch häufig überfüllt, personell unterbesetzt und nicht ausreichend auf die Vielfalt der Jugendlichen eingestellt. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten von fehlender kultureller Sensibilität in Einrichtungen.

Hinzu kommen soziale Herausforderungen wie Armut, Diskriminierung und Ausgrenzung, von denen Jugendliche besonders betroffen sind. Wer in einkommensschwachen Familien aufwächst, hat deutlich geringere Chancen auf Teilhabe an Sport, Kultur und digitalen Angeboten.

Ein aktueller Bericht des Frankfurter Magistrats zeigt: **25,7% aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sind armutsgefährdet** – mehr als jede und jeder Vierte. In der Altersgruppe der 8- bis unter 25-Jährigen liegt die Armutsgefährdungsquote sogar bei **rund 37,8%**. Diese Zahlen liegen deutlich über der Armutsquote der Gesamtbevölkerung und machen deutlich: Jugendarmut ist in Frankfurt ein ernstes und dringendes soziales Problem.

Auch psychische Belastungen unter Jugendlichen nehmen spürbar zu, während Unterstützungs- und Beratungsangebote oft nur schwer erreichbar oder überlastet sind. Gleichzeitig wird die Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen in Frankfurt bislang kaum ernsthaft umgesetzt.

UNSERE HALTUNG

Wir sagen klar: Jugendliche müssen im Mittelpunkt einer zukunftsorientierten Politik stehen. Sie sind keine Randgruppe, sondern die Gestalterinnen und Gestalter von morgen. Ihre Stimme verdient Gehör – in Schule, Ausbildung, Freizeit und Politik.

Wir wollen Jugendlichen Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist es, jungen Menschen in Frankfurt gleiche Chancen auf eine gute Ausbildung, sinnvolle Freizeitangebote und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Vielfalt unter Jugendlichen ist eine Stärke, die gefördert werden muss. Wir wollen junge Menschen Mut machen, ihre Talente zu entdecken, Verantwortung zu übernehmen und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

UNSERE FORDERUNGEN

Damit Jugendliche in Frankfurt bessere Chancen und echte Mitspracherechte erhalten, fordern wir:

- **Garantierter Ausbildungsplatz für alle Jugendlichen:** Kein junger Mensch darf nach der Schule ohne Perspektive bleiben. In Zusammenarbeit mit Betrieben, Handwerkskammern und der Stadt wollen wir sicherstellen, dass jeder Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält.
- **Starke Unterstützung beim Übergang von Schule in den Beruf:** Ausbau von Berufsorientierungsprogrammen, Mentoring-Angeboten und individueller Beratung. Niemand darf beim Übergang in Ausbildung oder Studium allein gelassen werden.
- **Interkulturelle Jugendzentren:** Aufbau neuer, moderner, gut ausgestattete Jugendzentren in allen Stadtbezirken, die Sport, Kultur, Beratung und Qualifizierung miteinander verbinden. Diese Orte sollen offene Treffpunkte für Jugendliche aller Herkunft sein – ohne Zugangshürden.
- **Jugendparlamente mit echter Mitsprache:** Einführung eines Frankfurter Jugendparlaments mit verbindlichen Mitspracherechten in der Stadtverordnetenversammlung und in Fachausschüssen. Entscheidungen über die Zukunft junger Menschen dürfen nicht ohne sie getroffen werden.
- **Digitale Jugendförderung:** Kostenfreie Internetzugänge sowie offene Lern- und Medienräume, in denen Jugendliche digitale Kompetenzen erwerben und vertiefen können.
- **Unterstützung gegen Diskriminierung und Ausgrenzung:** Beratungsstellen für Jugendliche, die von Rassismus, Mobbing oder Benachteiligung betroffen sind, müssen gestärkt und niedrigschwellig erreichbar sein.
- **Sportliche Teilhabe sichern:** Kostenfreie Mitgliedschaften in Sportvereinen für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, um Bewegung, Gesundheit und soziale Integration zu fördern.

UNSER ZIEL

Wir sind überzeugt: Wer Jugendlichen in Frankfurt echte Chancen gibt, investiert in die Zukunft der gesamten Stadt. Junge Menschen verdienen Respekt, Förderung und echte Mitbestimmung – **nicht irgendwann, sondern jetzt.**

4. Familie, Frauen & Senioren

HERAUSFORDERUNG

Familien und Seniorinnen und Senioren bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Dennoch stehen beide Gruppen in Frankfurt oft vor erheblichen Herausforderungen. Familien kämpfen mit steigenden Lebenshaltungskosten, fehlendem bezahlbarem Wohnraum und unzureichenden Kinderbetreuungsangeboten.

Trotz wirtschaftlicher Stärke und hoher Einkommen ist Armut in Frankfurt ein reales Problem. Nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus gelten **über 21% der Frankfurter Bevölkerung als armutsgefährdet**. Besonders betroffen sind Familien und Alleinerziehende: Rund **44% der Alleinerziehenden** sowie etwa **41% der Familien mit drei oder mehr Kindern** leben in Armutsgefährdung. Mehr als ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wächst in finanzieller Unsicherheit auf.

Auch **Altersarmut** ist in Frankfurt überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Mehr als **12.200 Menschen über 65 Jahre** beziehen Grundsicherung im Alter – fast jede und jeder zehnte Senior. Diese Zahlen zeigen deutlich: Armut trifft in Frankfurt besonders Familien, Kinder, Alleinerziehende und ältere Menschen und ist eines der zentralen sozialpolitischen Themen unserer Stadt.

Für viele Eltern ist es schwierig, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, da Betreuungsangebote häufig nicht ausreichen oder die Öffnungszeiten nicht den tatsächlichen Bedürfnissen berufstätiger Familien entsprechen.

Seniorinnen und Senioren wiederum leiden unter Pflegeengpässen und eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe. Viele ältere Menschen fühlen sich einsam und haben Sorge, im Alter nicht würdevoll versorgt zu werden. Pflegeeinrichtungen sind oft überlastet, das Personal ist unterbezahlt und Angebote sind nicht ausreichend auf kulturelle Vielfalt ausgerichtet.

Darüber hinaus fehlen in Frankfurt generationenübergreifende Angebote, die Jung und Alt zusammenbringen. Familien und Senioren leben vielfach nebeneinander statt miteinander, obwohl gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Projekte und Begegnungen für alle Seiten bereichernd wären.

UNSERE HALTUNG

Wir stehen klar an der Seite von Familien, Frauen sowie Seniorinnen und Senioren. Familien sind die Zukunft unserer Stadt und brauchen Sicherheit, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen. Seniorinnen und Senioren haben unsere Gesellschaft aufgebaut und verdienen Anerkennung, Respekt und eine würdevolle Versorgung.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Kinder sorgenfrei aufwachsen können, Eltern Beruf und Familie miteinander vereinbaren können und ältere Menschen nicht isoliert oder benachteiligt werden, Senioren ein aktives, selbstbestimmtes und würdiges Leben führen können. Von bezahlbarer Betreuung bis zu altersgerechten Angeboten: Frankfurt soll eine Stadt für alle Generationen sein – lebenswert, solidarisch und gerecht.

UNSERE FORDERUNGEN

Um Familien, Frauen und Senioren in Frankfurt spürbar zu entlasten und zu stärken, fordern wir:

Für Familien

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Die Öffnungszeiten von Kitas müssen **bedarfsgerecht** auf die Arbeitszeiten berufstätiger Eltern angepasst werden.
- Ausbau flexibler Arbeitszeiten und Homeoffice-Möglichkeiten.

Kostenfreie Kinderbetreuung für alle

- Seit 2023 ist der Kindergartenbesuch ab zwei Jahren beitragsfrei. Wir gehen weiter: **Die gesamte Kinderbetreuung soll ab dem 1. Lebensjahr kostenfrei sein**, inklusive Krippen. Das entlastet Familien spürbar und stärkt Chancengerechtigkeit.

Ausreichende Krippen- und Kita-Plätze für alle

- Wohnortnahe und bedarfsgerechte Plätze in allen Stadtteilen: Wir setzen uns für den zügigen Ausbau qualitativ hochwertiger Kita-, Hort- und Ganztagsplätze ein.
- **Kindertagespflege stärken** durch existenzsichernde Rahmenbedingungen.
 - Vorteile: sie ist kostengünstiger als Einrichtungen, schneller verfügbar und flexibel, ermöglicht Betreuung auch in Rand- und Nachtzeiten.
 - Kleine Gruppen fördern Integration, Inklusion und eine individuelle Betreuung.
- Tagesmütter sollen durch die Stadt sowohl konzeptionell als auch räumlich gezielt unterstützt werden. Ergänzend sind regelmäßige Fortbildungsangebote bereitzustellen, um die Qualität der Kindertagespflege dauerhaft auf einem hohen Niveau zu sichern.

Rechtsanspruch konsequent umsetzen

- Der gesetzliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr muss zuverlässig, wohnortnah und bedarfsgerecht erfüllt werden.

Moderne Kitas und gute ausgebildetes Personal

- Wir sorgen für ausreichend Fachpersonal und führen einen **Gehaltszuschlag von mindestens 350 Euro** ein.
- Sanierung und Modernisierung städtischer Kita-Gebäude.
- Vermeidung von Öffnungszeitenkürzungen durch zusätzliche Springerkräfte.

Finanzielle Entlastung der Familien

- **Bezahlbaren Wohnraum schaffen:** Durch Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und Mietpreisbegrenzungen.
- Wiedereinführung einer **Eigenheimzulage für Familien**.
- **Garantiertes Basiseinkommen** für einkommensschwache Familien und Alleinerziehende einführen als wirksamen Schutz vor Armut.

Für Frauen

- **Gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt:** Frauen müssen unabhängig von Familienstand oder Herkunft entsprechend ihrer Qualifikation chancengleich am Erwerbsleben teilhaben können. Berufsrückkehrerinnen sollen gezielt gefördert, qualifiziert und unterstützt werden. Der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung sollte gezielt erhöht werden.
- **Benachteiligung konsequent stoppen:** Keine Frau darf aufgrund von Herkunft, Glauben, Weltanschauung oder Lebensweise diskriminiert werden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.
- **Unterstützung für alleinerziehende Frauen:** Wir fordern bezahlbare Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitmodelle sowie Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.
- **Null Toleranz gegenüber Gewalt:** Gewalt gegen Frauen ist kriminell – im häuslichen wie im öffentlichen Raum. Frauenhäuser müssen finanziell gestärkt Ihre Kapazitäten erhöht werden. Beratungs- und Anlaufstellen für diskriminierte Mädchen und Frauen sind personell auszubauen und qualifiziert zu besetzen.
- **Schutz und Perspektiven:** Wir unterstützen den Ausbau von Ausstiegsprogrammen aus der Prostitution, inklusive Wohnungen, Beratung und sozialer Begleitung.

Für Seniorinnen und Senioren

- **Würdevolle Pflege für alle:** Pflegebedürftige dürfen nicht benachteiligt werden. Altersarmut darf den Zugang zur bedarfsgerechten Pflege nicht einschränken. Die häusliche Pflege durch Angehörige oder ambulante Pflegedienste sind vorrangig zu fördern, damit Pflegebedürftige möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Auch die Pflegeheime sollten würdevoll ausgestattet sein.
- **Kultursensible Pflegeangebote:** Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie Tagesstätten müssen sprachliche und kulturelle Vielfalt der Bewohnerinnen und Bewohner angemessen berücksichtigen.
- **Mehr Pflegepersonal und bessere Bezahlung,** damit gute Pflege gesichert bleibt.
- **Seniorenfreundliche Stadt:** Barrierefreie Wohnungen, sichere Gehwege, mehr Ruhezone und gut erreichbare Treffpunkte.
- **Teilhabe stärken:** Förderung von Seniorentreffs, Nachbarschaftsprojekten, um Vereinsamung wirksam zu verhindern und Ausbau von Seniorenräten, um die Mitsprache älterer Menschen bei städtischen Entscheidungen zu verbessern.

Gemeinsam für alle Generationen

- Aufbau von **Generationenprojekten**, die Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren zusammenbringen, etwa durch gemeinschaftliche Wohnprojekte, Lernpartnerschaften oder Freizeitangebote.
- **Förderung von Wohnprojekten** mit Studenten und Senioren nach niederländischem Konzept, um Einsamkeit im Alter zu bekämpfen und Wohnraum für junge Menschen zu schaffen. Studenten wohnen mietfrei oder sehr günstig, wenn sie im Gegenzug eine gewisse Stundenzahl im Monat Gesellschaft leisten und kleine Dienste für Senioren übernehmen.
- Ausbau von **Stadtteilzentren**, die Familien-, Frauen- und Seniorenarbeit vernetzen und niedrigschwellig zugänglich machen.

UNSER ZIEL

Wir wollen, dass Frankfurt eine Stadt ist, die **Familien stärkt, Frauen fördert und Senioren ehrt** – eine Stadt, die Sicherheit, Geborgenheit und echte gesellschaftliche Teilhabe für alle Generationen bietet.

5. Soziale Gerechtigkeit

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt ist eine wohlhabende Stadt und eine der wirtschaftlich stärksten Städte Europas – doch dieser Wohlstand ist extrem ungleich verteilt. Während einige Stadtteile von hohem Einkommen und hohen Eigentumsquoten geprägt sind, kämpfen andere Viertel mit Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und sozialen Spannungen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Steigende Mieten, hohe Lebenshaltungskosten und unsichere Erwerbsverhältnisse führen dazu, dass immer mehr Familien, Alleinerziehende, Geringverdienende sowie Rentnerinnen und Rentner trotz Arbeit oder lebenslanger Erwerbstätigkeit kaum über die Runden kommen.

Besonders alarmierend ist die Lage von Kindern und jungen Menschen: Der Magistratsbericht für das Jahr 2024 zeigt, dass **25,7%** der Frankfurter Kinder und Jugendlichen **unter 18 Jahren** armutsgefährdet sind, in manchen Stadtteilen sogar jedes dritte. Bei jungen Erwachsenen im Alter von **18 bis 25 Jahren** liegt die Quote sogar **bei 37,8%**. Damit liegen diese Werte deutlich über der Armutsquote der Frankfurter Gesamtbevölkerung von 21,4%. Viele Familien sind trotz Erwerbsarbeit auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen. Alleinerziehende sind überdurchschnittlich stark von Armut betroffen.

Armut bedeutet dabei nicht nur weniger Geld, sondern auch eingeschränkte Bildungschancen, gesellschaftliche Teilhabe und Gesundheit: Kinder können nicht an Freizeitangeboten teilnehmen, Familien können sich keine Urlaubsreisen leisten, und Seniorinnen und Senioren müssen bei Heizung oder Lebensmitteln sparen. Armut bedeutet häufig auch ein höheres Krankheitsrisiko und eine geringere Lebenserwartung.

Hinzu kommt, dass die Infrastruktur für Lebensqualität in Frankfurt ungleich verteilt ist. Saubere öffentliche Räume, Sport- und Freizeitangebote sowie soziale Treffpunkte sind nicht in allen Stadtteilen gleichermaßen vorhanden. Während einige Viertel gut ausgestattet sind, fehlen solche Angebote in anderen nahezu vollständig.

Diese Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und den inneren Frieden unserer Stadt.

In einer Stadt wie Frankfurt darf soziale Sicherheit kein Zufallsprodukt sein. Es braucht neue, kommunale Antworten, die existenzsichernd wirken, Erwerbsarbeit stärken und den sozialen Zusammenhalt nachhaltig fördern.

UNSERE HALTUNG

Soziale Gerechtigkeit ist für uns kein Schlagwort, sondern Voraussetzung für funktionierende Demokratie, Sicherheit und ein friedliches Zusammenleben. Jeder Mensch in Frankfurt hat das Recht auf ein Leben in Würde – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Alter.

Unsere Stadt darf nicht weiter in wohlhabende und abgehangene Viertel auseinanderdriften. Wir wollen Frankfurt zu einer Stadt machen, in der Kinder faire Startchancen haben, in der alle Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnen, guter Bildung, ausreichender Gesundheitsversorgung sowie zu Kultur- und Freizeitangeboten haben und in der Lebensqualität nicht vom Wohnort abhängt. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns auch:

Niemand darf zurückgelassen werden. Besonders schutzbedürftige Gruppen – Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen sowie Seniorinnen und Senioren – müssen gezielt unterstützt werden.

Arbeit muss sich lohnen – zugleich muss der Sozialstaat zuverlässig vor Armut schützen. Deshalb setzen wir auf ein **garantiertes kommunales Basiseinkommen**, das Menschen absichert, ohne sie zu entmutigen oder zu stigmatisieren. Es ergänzt bestehende Leistungen, wirkt unbürokratisch und gibt Sicherheit in unsicheren Lebenslagen. Das garantierte kommunale Basiseinkommen ist für uns ein zentraler Baustein einer solidarischen, leistungsfreundlichen und zukunftsfesten Stadtpolitik. Es ist **keine soziale Hängematte**, sondern ein **Sicherheitsnetz mit Aufstiegschancen**: Niemand fällt unter die Armutsgrenze – und Arbeit lohnt sich immer.

Lebensqualität heißt für uns, dass Frankfurt eine Stadt ist, in der man gerne lebt: mit sicheren Straßen, guten und sauberen Schulen, gepflegten Parks, guten Sportmöglichkeiten, wohnortnahen Freizeitangeboten und starken sozialen Angeboten.

UNSERE FORDERUNGEN

Armut wirksam bekämpfen

- **Kommunales Armutsbekämpfungsprogramm**: Einführung eines **garantierten Basiseinkommens** für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger, besonders Familien und Alleinerziehende sowie Geringverdienende. Es liegt **über der Armutsgrenze**, ergänzt bestehende Einkommen.

Kinder und Familien stärken

- **Kostenfreies, gesundes Schulmittagessen**
- Kostenfreie Freizeit-, Sport- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

- Massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
- Mietpreisgrenzen konsequent durchsetzen

Senioren absichern

- Kommunale Zuschüsse zur Ergänzung niedriger Renten
- Schutz vor Altersarmut und sozialer Isolation

Mobilität als Teilhabe

- **Kostenloses ÖPNV-Ticket** für Kinder, Jugendliche, Senioren und Menschen mit geringem Einkommen

Unfaire Belastungen zurücknehmen

- **Rücknahme der drastischen Erhöhung der Bewohnerparkgebühren**
- Absenkung der Gebühr auf das Niveau von 2023, rückwirkend zum 01.01.2026
 - 50 € für zwei Jahre
 - 25 € für ein Jahr

Menschen in Not unterstützen

- **Ausbau von Hilfen für Wohnungslose:** Mehr Schutzräume, Tagesstätten und Beratungsangebote
- Keine Verdrängung von Menschen in Not, sondern Hilfe und Perspektiven

Lebensqualität in allen Stadtteilen

- **Mehr Sport- und Freizeitangebote:** Ausbau von Sportanlagen, Turnhallen, Sportplätzen und interkulturellen Jugendzentren, insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen
- **Kultur für alle zugänglich machen:** kostenfreie oder stark vergünstigte Eintritte für Museen, Theater und Konzerte für Kinder sowie einkommensschwache Familien

Ehrenamt stärken

- Förderung von Initiativen, die Nachbarschaftshilfe, Sozial- und Integrationsprojekte und freiwilliges Engagement organisieren

UNSER ZIEL

Wir kämpfen für eine Stadt, in der soziale Gerechtigkeit spürbar ist – im Alltag, im Stadtteil und im Leben der Menschen. Eine Stadt, in der Würde, Teilhabe und Lebensqualität für alle erreichbar sind. Eine Stadt, die Chancen eröffnet, Aufstieg ermöglicht und niemanden zurücklässt.

6. Gesundheit, Pflege & Ernährung

HERAUSFORDERUNG

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Doch auch in Frankfurt zeigt sich, dass der Zugang zu guter medizinischer Versorgung und Pflege stark vom Wohnort, vom Einkommen und von der persönlichen Lebenslage abhängt. Während einige Stadtteile gut versorgt sind, bestehen in anderen – insbesondere am Stadtrand und in sozial benachteiligten Vierteln – deutliche Versorgungslücken. Der zunehmende Fachkräftemangel in der Pflege verschärft diese Situation zusätzlich. Viele Pflegekräfte arbeiten unter enormen Druck, mit zu wenig Personal, unzureichender Bezahlung und hoher Fluktuation.

Rund **38.900 Menschen in Frankfurt sind pflegebedürftig**. Ein Großteil von ihnen wird zu Hause betreut, viele weitere in stationären Pflegeeinrichtungen. Der Bedarf an Pflegepersonal wächst stark: **Allein bis 2030 werden in Frankfurt mehr als 770 zusätzliche Vollzeitpflegekräfte benötigt**. Der Fachkräftemangel ist damit eine der größten Herausforderungen des Gesundheits- und Sozialwesens und wird sich durch den demografischen Wandel weiter verschärfen, wenn nicht entschlossen gegengesteuert wird.

Auch Frankfurt wird älter: Der Anteil der über 65-Jährigen steigt kontinuierlich. Damit wachsen die Anforderungen an Pflegeheime, Tagesstätten und ambulante Pflegedienste. Gleichzeitig fühlen sich viele Angehörige überfordert, da sie Pflegearbeit neben Familie und Beruf leisten müssen – oft ohne ausreichende Unterstützung und Entlastung.

Gesundheit ist zudem eng mit sozialen Faktoren verknüpft. Menschen in ärmeren Stadtteilen haben eine geringere Lebenserwartung und sind häufiger chronisch krank. Sprachbarrieren, lange Wartezeiten auf Arzttermine und ein Mangel an kultursensiblen Angeboten erschweren den zusätzlich den Zugang zum Gesundheitssystem.

Besonders deutlich wird dies in der Pflege: **Kultursensible Pflegeheime fehlen** vielerorts. Viele Familien berichten, dass in Pflegeheimen die religiösen und kulturellen Bedürfnisse älterer Menschen mit Migrationsgeschichte nicht ausreichend berücksichtigt werden – etwa bei Essensangeboten, Alltagsgestaltung oder seelsorgerischer Begleitung. Hier müssen verbindliche Standards entwickelt werden.

„Man ist, was man isst.“ Gesundheit beginnt außerdem mit Ernährung. Gerade Kinder und Jugendliche müssen in Frankfurt mit gesunder, bedarfsgerechter Ernährung aufwachsen können, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Die Kosten dürfen dabei kein Hindernis sein, denn eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist eine der wichtigsten Investitionen in die eigene Gesundheit und in die Zukunft unserer Stadt.

UNSERE HALTUNG

Wir sind überzeugt: **Gesundheit und Pflege müssen für alle Menschen in Frankfurt gerecht, wohnortnah und kultursensibel gestaltet werden**. Eine gute Gesundheitsversorgung berücksichtigt die Vielfalt unserer Stadt. Medizinische Versorgung darf nicht vom Geldbeutel abhängen, und Pflege darf nicht als private Belastung verstanden werden, sondern als solidarische Aufgabe der Gesellschaft.

Wir setzen uns für eine Stadt ein, die Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit begreift, sondern als **umfassendes Wohlbefinden – körperlich, seelisch und sozial**. Das bedeutet, dass Frankfurt Prävention stärken, gesunde Lebensbedingungen fördern und Pflegeangebote konsequent bedarfsgerecht ausbauen muss.

Pflege ist für uns nicht nur ein Beruf, sondern eine zentrale gesellschaftliche Verantwortung. Pflegekräfte verdienen Respekt und Anerkennung, faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen sowie verlässliche Perspektiven. Pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung.

UNSERE FORDERUNGEN

- **Gesundheitszentren in jedem Stadtteil:** Wohnortnahe Versorgung durch Hausärzte, Fachärzte und Therapeutinnen und Therapeuten unter einem Dach – inklusive Dolmetscherdiensten.
- **Kommunale Gesundheitsprävention stärken:** Programme zu Bewegung, gesunder Ernährung, Suchtprävention und psychischer Gesundheit, insbesondere in Schulen und Jugendzentren.
- **Fort- und Weiterbildungen für medizinisches Personal:** Gezielte Qualifizierungen für Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte zur diversitätssensiblen und kultursensiblen Versorgung.
- **Kultursensible Pflegeeinrichtungen:** Pflegeheime und Tagesstätten müssen kulturelle und religiöse Bedürfnisse systematisch berücksichtigen.
- **Ambulante Pflege ausbauen:** Mehr Unterstützung für Pflegedienste sowie der Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen zur Entlastung von Angehörigen.
- **Pflegeberufe attraktiver machen:** Kooperationen mit Berufsschulen, Ausbildungsförderung und beschleunigte Anerkennung ausländischer Pflegeabschlüsse.
- **Pflege ausbauen – Angehörige entlasten:** Ausbau von Tagespflege, ambulanten Angeboten und Therapieplätzen, um Teilhabe, Würde und Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf zu sichern.
- **Beratung für pflegende Angehörige:** Kostenfreie Beratungsstellen in jedem Stadtbezirk, psychosoziale Unterstützung und flexible Entlastungsangebote.
- **Pflege in vertrauter Umgebung stärken:** Pflege in der eigenen Wohnung hat Vorrang. Ein dezentrales, stadtteilnahes Versorgungssystem für hilfs- und pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren erhält höchste Priorität.
- **Mehr Pflegepersonal und bessere Arbeitsbedingungen:** Unterstützung kommunaler Initiativen zur Personalgewinnung, höhere Bezahlung und Entlastung durch Assistenzkräfte.
- **Internationale Pflegekräfte gewinnen:** Aktive Unterstützung von Arbeitgebern bei Visa- und Anerkennungsverfahren, Ausbildung, Wohnungssuche, Sprachförderung und Familienintegration.
- **Digitale Gesundheitsangebote ausbauen:** Telemedizin, digitale Patientenakten und Online-Sprechstunden zur Verkürzung von Wartezeiten.
- **Kommunale Gesundheitskarte für Bedürftige:** Sicherstellung medizinischer Versorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung.
- **Gesunde Stadtentwicklung:** Mehr Grünflächen, sichere Spielplätze und Bewegungsräume in allen Stadtteilen.

- **Frankfurt als Bio-Stadt etablieren:** Gesunde Ernährung, Nachhaltigkeit und artgerechte Tierhaltung fördern.
 - In öffentlichen Kantinen (Kitas, Schulen, Verwaltung) ausschließlich Biofleisch anbieten.
 - Kulturelle und religiöse Ernährungsbedürfnisse (koscher, halal, vegetarisch, vegan) berücksichtigen.
- **Ernährungsbildung an Schulen:** Kurse zur gesunden Ernährung und zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung frühzeitig verankern.

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine Stadt sein, in der **Gesundheit und Pflege keine Frage von Herkunft, Einkommen oder Alter sind**. Eine Stadt, die ihre Bürgerinnen und Bürger nicht allein lässt, wenn sie krank oder pflegebedürftig werden. Eine Stadt, die Vorsorge, Versorgung und Pflege als gemeinsame Verantwortung versteht.

7. Wohnen & Stadtentwicklung

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt wächst – doch bezahlbarer Wohnraum wächst nicht mit. Die Mieten steigen seit Jahren deutlich schneller als die Einkommen, während zehntausende Wohnungen fehlen. Aktuell fehlen rund **23.000 Wohnungen**. Jährlich entstehen deutlich weniger neue Wohnungen als benötigt. Der anhaltende Nachfrageüberhang treibt die Mieten weiter in die Höhe. Besonders betroffen sind Familien, Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit mittlerem Einkommen. Ohne entschlossenes politisches Handeln droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen.

Gleichzeitig nimmt der Bestand an Sozialwohnungen seit Jahren ab, da alte Bindungen auslaufen und kaum neuer sozialer Wohnungsbau entsteht. Rund **13.000 Wohnungen stehen leer**.

Zudem nimmt die Immobilienspekulation zu: Wohnungen werden nicht als Lebensraum, sondern als Renditeobjekte betrachtet. Ohne entschiedenes Gegensteuern drohen Verdrängung, soziale Spaltung und der Verlust gewachsener Stadtviertel.

Frankfurt braucht eine klare und soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, die Wohnen wieder als Grundrecht begreift – nicht als Luxusgut oder Spekulationsobjekt.

Die Parkplatzsituation in Frankfurt ist für viele Bürgerinnen und Bürger eine tägliche Belastung. In zahlreichen Stadtteilen fehlen ausreichend Stellplätze für Anwohnerinnen und Anwohner, Handwerksbetriebe, Pflegekräfte und Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Die Suche nach einem Parkplatz kostet Zeit, Nerven und verursacht zusätzlichen Verkehr sowie Umweltbelastungen.

Gleichzeitig verschärfen Baustellen, Nachverdichtung, neue Verkehrsführungen und der wachsende Lieferverkehr den Druck auf den öffentlichen Raum. Viele Menschen fühlen sich allein gelassen zwischen steigenden Parkgebühren, Anwohnerparkausweisen und unklaren Regelungen. Besonders betroffen sind Familien, ältere Menschen und Berufstätige, die auf das Auto angewiesen sind.

UNSERE HALTUNG

Wohnen ist ein Menschenrecht. Steigende Mieten, tausende leerstehende Wohnungen und ein massiver Mangel an Sozialwohnungen zeigen deutlich: Der Markt allein kann die Wohnungsfrage nicht lösen. Jeder Mensch in Frankfurt – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder sozialem Status – muss Zugang zu bezahlbarem, würdigem und sicherem Wohnraum haben.

Bezahlbares Wohnen ist keine Frage von Symbolpolitik, sondern eine zentrale kommunale politische Verantwortung. Eine gerechte Stadtentwicklung darf nicht ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienen, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Wir setzen auf eine Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, die bezahlbar, sozial, nachhaltig und ökologisch ist. Das bedeutet: Schutz bestehender Mietverhältnisse, massiver Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, konsequentem Vorgehen gegen Leerstand,

Regulierung von Spekulation und Zweckentfremdung sowie eine Stadtentwicklung, die die Lebensqualität in allen Stadtteilen stärkt.

Parkraum ist Teil der Daseinsvorsorge. Wer auf ein Auto angewiesen ist, darf nicht pauschal benachteiligt werden. Unser Ziel ist es, Ordnung, Entlastung und Verlässlichkeit in die Parkplatzsituation zu bringen – ohne ideologische Scheuklappen.

Unsere Vision ist ein Frankfurt mit lebendigen, durchmischten Stadtvierteln und bezahlbaren Mieten – ohne Spaltung in Luxusquartiere und benachteiligte Randlagen, ohne Angst vor Verdrängung und ohne ideologische Experimente.

UNSERE FORDERUNGEN

Bezahlbares Wohnen für alle sichern

- **Deutlicher Ausbau des geförderten Wohnungsbaus**, um dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern
- **Sozialwohnungsquote festschreiben**: Bei Neubauten soll ein fester Anteil für sozialen und bezahlbaren Wohnraum reserviert werden
- **Bezahlbares Wohnen statt Mietwucher**: Einführung von Mietpreisbremsen und Mietobergrenzen, wo dies rechtlich möglich ist

Leerstand und Spekulation bekämpfen

- **Leerstand konsequent bekämpfen**: Verpflichtende Sanierung und Wiedervermietung leerstehender Wohnungen – durch eine kommunale Leerstandssatzung, ein städtisches Leerstandsmonitoring
- Wirksame Sanktionen bei Zweckentfremdung

Schneller und klüger bauen

- **Nachverdichtung vor neuen Baugebieten**: Wohnraum schaffen, ohne zusätzliche Flächen zu versiegeln – z. B. durch Aufstockungen, Lückenschließungen und die Umnutzung bestehender Gebäude
- **Schnellere und verlässlichere Genehmigungsverfahren**, um Wohnungsbau zu beschleunigen
- **Ungenutzte Immobilien öffnen**: Zwischennutzung leerstehender Immobilien für Kultur, Vereine und Kreativwirtschaft ermöglichen

Familien, junge Menschen und Mitte der Gesellschaft stärken

- **Gleichberechtigte Förderung von Eigentums- und Mietwohnungen**, zielgerichtet und sozial ausgewogen
- **Eigenheimzulage für Familien**: Junge Familien sollen sich Wohneigentum in Frankfurt leisten können
- **Mehr Wohnraum für Studierende und Auszubildende**: Ausbau von Wohnheimen und preiswerten Apartments zur Entlastung des Wohnungsmarktes
- **Neue Baugebiete für bezahlbare Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäuser**, um Familien ausreichend Wohnraum zu ermöglichen
- **Wohn- und Genossenschaftseigentum gezielt fördern** – insbesondere für Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen – als Schutz vor steigenden Mieten und als Baustein der Altersvorsorge

Wohnraum für besondere Bedarfe

- **Barrierefreier Wohnungsbau:** Wohnungen für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen gezielt fördern, um selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu ermöglichen
- **Mehrgenerationenwohnen gezielt fördern,** um Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung zu stärken.

Stadtentwicklung mit Weitblick

- **Einen geeigneten Bauplatz für die Europäische Schule finden** – bei Bedarf auch stadtnah außerhalb der Stadtgrenze –, um Frankfurt als internationalen Bildungs- und Wirtschaftsstandort zu stärken

Maßnahmen für eine gerechte Parkplatzsituation

- **Anwohner entlasten:** Mehr Anwohnerparkplätze, faire und sozial gestaffelte Parkgebühren, Vorrang für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Pflegekräfte und Handwerk.
- **Parkraum intelligent nutzen:** Ausbau von Quartiersgaragen, Parkhäusern und Tiefgaragen – insbesondere bei Neubau- und Nachverdichtungsprojekten.
- **Bessere Organisation statt Chaos:** Digitale Parkplatzleitsysteme, transparente Regelungen und einheitliche Beschilderung in allen Stadtteilen.
- **Dialog statt Verdrängung:** Stadtteilbezogene Bürgerbeteiligung bei Veränderungen der Parkplatzsituation, bevor Maßnahmen umgesetzt werden.
- **Mobilität sozial gestalten:** Verkehrs- und Parkkonzepte müssen sozialverträglich, praktikabel und alltagstauglich sein – besonders für Familien und ältere Menschen.

UNSER ZIEL

Mehr Wohnraum entlastet den Markt und senkt den Preisdruck.

Bezahlbares Wohnen entsteht durch **Bauen, Tempo und klare Regeln** – nicht durch Enteignungen oder Verbote.

BIG steht für eine soziale, verantwortungsvolle und realistische Wohnungspolitik.

Damit Frankfurt eine Stadt bleibt, in der Menschen aller Einkommen leben können – heute und morgen.

8. Verkehr & Umwelt

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt leidet seit Jahren unter massiven Verkehrsproblemen. Staus, Lärm, Luftverschmutzung und fehlende Alternativen zum Auto prägen den Alltag vieler Frankfurterinnen und Frankfurter. Besonders die zentralen Verkehrsachsen sind regelmäßig überlastet. Hinzu kommen starke Pendlerströme aus dem Umland, die die Situation weiter verschärfen.

Gleichzeitig ist der öffentliche Nahverkehr vielerorts unzuverlässig und nicht ausreichend ausgebaut. Busse und Bahnen sind häufig überfüllt, Verbindungen fehlen, und die Taktung ist unattraktiv. Das führt dazu, dass viele viele Frankfurterinnen und Frankfurter weiterhin auf das Auto angewiesen sind – obwohl sie grundsätzlich bereit wären, auf nachhaltigere Verkehrsmittel umzusteigen.

Beim Klimaschutz fehlt es an klaren, wirksamen Konzepten. Statt nachhaltiger, wirksamer Lösungen erleben die Bürgerinnen und Bürger teure Einzelmaßnahmen, ideologische Grabenkämpfe und Verkehrsversuche, die den Alltag erschweren. Die ideologisch motivierte Verdrängung des Autos ohne ausreichende funktionierende Alternativen schadet Pendlern, Familien, Handwerk und Einzelhandel. Verkehrspolitik darf nicht bevormunden, sondern muss funktionieren. Erst wenn ÖPNV und Park-&-Ride-Angebote leistungsfähig sind, können Verkehrsverlagerungen sinnvoll und sozial verträglich umgesetzt werden.

Auch der Klimaschutz ist für Frankfurt eine zentrale Aufgabe

Eine gesunde Gesellschaft und eine gesunde Umwelt gehören untrennbar zusammen. Jede politische Entscheidung sollte unter der Prämisse des Umweltschutzes getroffen werden.

Hitzesommer treffen besonders ältere Menschen und Kinder. Mehr Grünflächen, schattenspendende Bäume und klimafreundliche Bauprojekte sind nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch entscheidend für die Lebensqualität in unserer Stadt.

UNSERE HALTUNG

Vernunft statt Ideologie – Mobilität für alle

Wir setzen auf eine Verkehrspolitik mit Vernunft statt Ideologie und Dauerstau. Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Stärke und Lebensqualität. Wer morgens zur Arbeit fährt, abends nach Hause möchte oder am Wochenende in die Innenstadt will, muss mobil bleiben – bezahlbar, verlässlich und praktikabel.

Für uns gilt: **Auto, Bus, Bahn, Fahrrad und Fußverkehr gehören gleichberechtigt zur Stadt.** Es darf keine Politik der einseitigen Bevorzugung oder Benachteiligung geben. Statt Verbote und Schikanen braucht Frankfurt intelligente Konzepte, die Verkehr entlasten, Umwelt schützen und den Alltag erleichtern.

Wir wollen eine Mobilität, die **bezahlbar, verlässlich und klimafreundlich** ist – ohne soziale Härten. Verkehrsverlagerung kann nur gelingen, wenn der ÖPNV leistungsfähig ist und Park- & Ride-Angebote funktionieren. Klimaschutz und Mobilität sind kein Widerspruch, sondern müssen gemeinsam gedacht werden.

UNSERE VISION

Frankfurt braucht eine Verkehrswende **mit den Menschen**, nicht gegen sie. **Unsere Vision** ist eine Stadt, in der Mobilität für alle funktioniert: klimafreundlich, sicher, verlässlich und bezahlbar. Ein **kostenloser ÖPNV** entlastet Familien, Pendler und Geringverdienende, reduziert den Autoverkehr und stärkt den Klimaschutz.

Finanziert werden kann dies durch kommunale Mittel (z. B. Umwidmung von Anteilen der Gewerbe- und Grundsteuer), zweckgebundene Verkehrsabgaben (Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung oder City-Maut) sowie Förderprogramme von Land und Bund.

Gleichzeitig wollen wir Frankfurt Schritt für Schritt klimaneutral machen – sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und mit messbaren Effekten.

UNSERE FORDERUNGEN

ÖPNV stärken

- **Kostenloses ÖPNV-Ticket für alle:** Mobilität darf kein Luxus sein, sondern muss für alle bezahlbar bleiben.
- **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit Bundes- und Landesmitteln**
- **Moderne Busse:** Busse und Bahnen müssen zusätzlich klimatisiert, barrierefrei und mit WLAN ausgestattet werden, um den ÖPNV für Jung und Alt attraktiver zu machen.
- Bessere Taktung und zuverlässige Verbindungen

Verkehr entlasten statt blockieren

- **Park & Ride-Angebote massiv ausbauen:** An den Stadträndern müssen deutlich mehr Parkflächen entstehen, damit Pendlerinnen und Pendler bequem auf Bus und Bahn umsteigen können.
- **Besseres Baustellenmanagement:** Straßenbaumaßnahmen müssen künftig durch ein modernes, zentral koordiniertes Baustellenmanagement begleitet werden. Ziel sind kürzere Bauzeiten, klare Terminvorgaben und eine bessere Abstimmung zur Vermeidung von Verkehrschaos.
- **Parkraum sichern und intelligent nutzen:** Vernichteter Parkraum im Stadtgebiet wird wiederhergestellt.
- Ausbau städtischer Parkhäuser mit digitalem Parkleitsystem

Pragmatische Verkehrspolitik

- **Überprüfung bestehender Radverkehrsanlagen:** Bereits eingerichtete Radwege an Hauptverkehrsstraßen werden auf Verkehrsfluss, Sicherheit und Auswirkungen auf den ruhenden Verkehr überprüft.

- **Korrekturen dort, wo nötig:** Radwege werden bei Bedarf angepasst oder auf fahrradfreundliche Nebenstraßen verlagert – für mehr Sicherheit und weniger Konflikte.
- **Mainkai:** Die dauerhafte Sperrung des nördlichen Mainkais lehnen wir ab. Er ist eine zentrale Ost-West-Verbindung für Frankfurt. Auch temporäre Sperrungen, etwa in den Sommerferien, werden künftig nicht mehr durchgeführt.
- **Fußgängerzonen sicherer und attraktiver gestalten:** Mehr Sicherheit, bessere Aufenthaltsqualität und ausreichend Sitzmöglichkeiten.

Nachhaltige Mobilität fördern

- **E-Bike-Förderung:** 30% Zuschuss beim Kauf von E-Bikes, um nachhaltige Mobilität gezielt zu stärken.
- Aktionen zur Förderung von Fahrradnutzung bei Kurzstrecken
- **Freies WLAN in Bus und Bahn sowie in der Innenstadt:** Digitalisierung und Mobilität konsequent zusammen denken.

Umwelt & Klimaschutz konsequent umsetzen

- Klimaschutzplan mit klaren Zielen und messbaren Maßnahmen
- **Eine saubere Umwelt bestimmt unsere Lebensqualität:** Frankfurt muss beim Klimaschutz vorbildhaft konsequente Schritte gehen. Die Kommunalverwaltung soll ein ökologisch, ökonomisch und ganzheitlich optimiertes Gesamtkonzept entwickeln. Dazu gehören Energieeinsparung, der Einsatz erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, Solarthermie und Biogas sowie Förderprogramme zur energetischen Sanierung privater und kommunaler Gebäude.
- **Umsetzung des „Masterplans 100% Klimaschutz“:** Ziel ist die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien bis spätestens 2050. Die Umsetzung erfordert die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Energieversorgern, Wohnungswirtschaft, Hochschulen und Wissenschaft. In den Bereichen Wärme, Strom und Verkehr müssen Verbrauch gesenkt, Bedarf und Versorgung aufeinander abgestimmt und optimiert werden.
- **Kommunale Dachflächen nutzen:** Geeignete Dächer städtischer Liegenschaften müssen konsequent mit **Photovoltaikanlagen** ausgestattet werden.
- **Ökostrom fördern:** Alle öffentlichen Gebäude sollen vollständig mit Naturstrom versorgt werden.
- **Gewerbesteuer senken für umweltorientierte Unternehmen:** Eine gezielte Entlastung stärkt nachhaltige Wirtschaft und kommt langfristig der Umwelt und der gesamten Stadtgesellschaft zugute.
- Gezielte Förderung von Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Kopplung und Elektromobilität
- Ausbau von Grünflächen und mehr Bäume gegen Hitzeinseln
- **Finanzielle Förderung für Fahrräder und E-Bikes:** Eine Abwrackprämie bzw. ein Zuschuss von 30% beim Ankauf von E-Bikes trägt zur Luftreinhaltung, zum Klimaschutz und zur Verkehrsentslastung bei. Erfolgreiche Beispiele aus Städten wie München und Tübingen zeigen die Wirksamkeit dieses Ansatzes.
- **Fahrradfahren fördern:** Fahrradfahren senkt den CO₂-Ausstoß und verbessert die Gesundheit. Aktionen sollen PKW-Fahrer motivieren, bei Kurzstrecken auf das Auto zu verzichten. Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen sollen ihre Mitarbeitenden informieren und zu einem „Bike-Day einmal im Monat“ motivieren.
- **Regionale Bio-Produkte stärken:** Informations- und Aufrufaktionen sollen den Kauf regionaler, biologisch erzeugter Lebensmittel fördern, um lange Transportwege und unnötige Emissionen zu vermeiden.

UNSER ZIEL

Wir wollen ein Frankfurt,

- in dem Mobilität funktioniert – ohne Dauerstau und Frust,
- in dem Klimaschutz wirksam und sozial gerecht ist,
- in dem Umweltpolitik den Alltag verbessert statt erschwert.

Mit einer klugen Verkehrspolitik und konsequentem Umweltengagement zeigen wir:
Nachhaltigkeit und Mobilität sind keine Gegensätze – sie gehören zusammen.

BIG steht für Vernunft, Fairness und funktionierende Lösungen – für Frankfurt.

9. Wirtschaft & Arbeit

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt ist ein starker Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig steht die Frankfurter Wirtschaft vor erheblichen Herausforderungen: steigende Lebenshaltungskosten, ein angespannter Arbeitsmarkt, Fachkräftemangel sorgen für zunehmende Verunsicherung bei Beschäftigten sowie bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese Entwicklung birgt Risiken: Wenn ein Großkonzern Stellen abbaut oder Produktionsbereiche ins Ausland verlagert, spürt die gesamte Stadt die Folgen.

Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Handwerksunternehmen und Selbständige fühlen sich zunehmend von der Stadtpolitik im Stich gelassen. Bürokratie, hohe Abgaben und fehlende Unterstützung erschweren ihre Arbeit. Hinzu kommen steigende Mieten für Gewerbeflächen, wodurch innovative Gründerinnen, Gründer und Start-ups kaum noch bezahlbare Räume finden.

Der Fachkräftemangel ist eines der größten Zukunftsrisiken für Frankfurt: In Kitas, Pflegeeinrichtungen, Handwerksbetrieben, IT und Gesundheitswesen und Verwaltungen fehlen bereits heute tausende qualifizierte Arbeitskräfte. In der Metropolregion FrankfurtRheinMain könnten in den kommenden Jahren **bis zu 132.000 Fachkräfte** fehlen – mit weiter steigender Tendenz aufgrund des demografischen Wandels. Besonders betroffen sind Schlüsselbereiche wie IT, Gesundheitswesen, Handwerk, Pflege und Verwaltung. Viele Unternehmen suchen schon jetzt händeringend nach Personal.

Gleichzeitig können viele Menschen mit ausländischen Abschlüssen ihre Qualifikationen nicht einsetzen, weil Anerkennungsverfahren zu langsam und kompliziert sind. Wertvolle Kompetenzen bleiben so ungenutzt.

Auf dem Arbeitsmarkt nehmen prekäre Beschäftigung, befristete Arbeitsverträge und Niedriglöhne zu. Besonders betroffen sind junge Menschen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Viele Erwerbsbiografien sind von unsicheren Jobs, Teilzeit und unterbrochenen Beschäftigungsphasen geprägt und führen langfristig zu Altersarmut.

Zudem ist Frankfurt beim Aufbau einer nachhaltigen und innovativen Wirtschaft noch nicht ausreichend aufgestellt. Klimaschutz, Digitalisierung und neue Technologien werden bislang nicht konsequent mit wirtschaftlichen Chancen und guter Beschäftigung verknüpft.

UNSERE HALTUNG

Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die fair, innovativ und nachhaltig ist. Arbeit muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Jeder Mensch in Frankfurt hat ein Recht auf gute Arbeit, gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig brauchen kleine Unternehmen, Selbständige und Start-ups echte Unterstützung statt zusätzlicher Bürokratie.

Eine starke Stadt braucht ausreichend Fachkräfte, starke kleine und mittlere Unternehmen, ein leistungsfähiges Handwerk und mutige Gründerinnen und Gründer – nicht nur große Konzerne. Qualifizierung, Anerkennung von Kompetenzen und gezielte Förderung sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt. Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung gehören für uns zusammen.

Unser Ziel ist eine soziale Marktwirtschaft mit Verantwortung: Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich gehören zusammen. Frankfurt darf keine Stadt werden, in der nur große Konzerne profitieren, während kleine Betriebe und Beschäftigte unter Druck geraten. Wir wollen eine Stadt, in der die Arbeit Anerkennung, Sicherheit und Perspektiven bietet sowie eine Stadt, die Fachkräfte gewinnt und in der Innovationen gezielt gefördert werden, um die Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern. Frankfurt soll ein moderner, sozialer und nachhaltiger Wirtschafts- und Arbeitsstandort bleiben.

UNSERE FORDERUNGEN

Gute Arbeit und faire Löhne

- **Faire Löhne für ehrliche Arbeit:** Lohndumping, Kettenbefristungen, Minijobs ohne Perspektive und unbezahlte Praktika wollen wir konsequent eindämmen.
- Faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen als kommunaler Maßstab.

Mittelstand, Handwerk & Selbständige stärken

- **Gezielte Förderung von Kleinunternehmern und Mittelstand:** Bürokratie abbauen und Genehmigungsverfahren für Betriebe beschleunigen.
- Steuerliche Entlastungen und Zugang zu günstigen Krediten.
- Keine Erhöhung der Gewerbesteuer.
- Bezahlbare Gewerbeflächen sichern.

Fachkräftemangel entschlossen angehen

- **Fachkräftemangel beheben:** Durch gezielte Qualifizierung in Mangelberufen, eine schnelle und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie eine gesteuerte und qualifizierte Einwanderung.

Innovation und Zukunftsbranchen fördern

- **Förderung innovativer Wirtschaftszweige:** Erneuerbare Energien, IT, Gesundheitswirtschaft, nachhaltige Mobilität und Kulturwirtschaft als Motoren für Frankfurts Zukunft.
- **Unterstützung von Handwerk und Start-ups:** Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum, Ausbildung und Innovation ermöglichen.
- **Interkulturelle Gründungsberatung:** Migrantinnen und Migranten sollen beim Schritt in die Selbständigkeit gezielt beraten und begleitet werden.

Arbeit neu denken

- **Erprobung der 4-Tage-Woche:** Für mehr Lebensqualität, bessere Gesundheit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Nachhaltige und verantwortungsvolle Wirtschaft

- **Nachhaltigkeit und Verantwortung:** Frankfurt muss Vorreiter für eine ethisch verantwortete, soziale und ökologische Wirtschaft sein – ohne Spekulation auf Kosten von Mensch, Arbeit und Umwelt.

UNSER ZIEL

Wir wollen ein Frankfurt,

- in der Arbeit fair bezahlt wird,
- kleine und mittlere Unternehmen eine Zukunft haben,
- in der der Mittelstand entlastet wird
Fachkräfte gewonnen und gehalten werden,
- und Innovationen vor Ort Arbeitsplätze schaffen.

Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie muss dem Wohl aller Bürgerinnen und Bürger dienen.

10. Zuwanderung

HERAUSFORDERUNG

Ausländerbehörde modernisieren!

Frankfurt ist eine internationale Metropole: **57 Prozent der Bevölkerung haben eine Zuwanderungsgeschichte**. Diese Vielfalt ist ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell eine große Stärke unserer Stadt. Doch die Realität in der Frankfurter Ausländerbehörde zeigt deutlichen Handlungsbedarf

Menschen, die frühzeitig Termine vereinbaren, vollständige Unterlagen einreichen und alle Anforderungen erfüllen, warten dennoch oft **Wochen oder Monate** auf Fiktionsbescheinigungen, Arbeitserlaubnisse oder einfache Verlängerungen von Aufenthaltstiteln. Die Folgen sind gravierend: **Arbeitsverträge platzen, Ausbildungsplätze gehen verloren, Unternehmen verlieren dringend benötigte Fachkräfte.**

Diese Situation schadet nicht nur den Betroffenen, sondern auch dem Wirtschaftsstandort Frankfurt insgesamt.

UNSERE HALTUNG

Willkommenskultur ist keine Folklore – sie ist eine Haltung. Der erste Kontakt mit dem Staat entscheidet darüber, ob Menschen sich willkommen fühlen oder lediglich geduldet. **Integration beginnt dort, wo sie konkret wird: am Schalter und am Telefon der Ausländerbehörde.**

Frankfurt braucht dringend internationale Fachkräfte, Auszubildende und engagierte Menschen aus aller Welt, um Arbeitsplätze zu sichern, Unternehmen zu stärken und die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass internationale Arbeitskräfte und Geflüchtete **schnell, unbürokratisch und rechtssicher Zugang zum Arbeitsmarkt** erhalten. **Abschiebungen von Auszubildenden und Beschäftigten lehnen wir klar ab.**

UNSERE FORDERUNGEN

Frankfurt Immigration Office zum International Welcome Center ausbauen

Als BIG setzen wir uns für ein leistungsfähiges, serviceorientiertes **Frankfurt Immigration Office (FIO)** ein:

- Aufbau eines **International Welcome Centers**, das internationale Fachkräfte und Zugewanderte schnell und kompetent unterstützt
- Verlässliche Erreichbarkeit durch eine **Telefon-Hotline** sowie Beratungen per **Video**
- **Kürzere Bearbeitungszeiten** durch mehr Personal und konsequente Digitalisierung
- **Online-Anträge, papierlose Verfahren** und Fast Lanes für dringende Anliegen

- **Schnelle und transparente Terminvergaben**
- Unterstützung durch **ehrenamtliche Integrationslotsen**, die aktiv begleiten

Diese Maßnahmen sind kein Luxus, sondern eine Voraussetzung dafür, dass Frankfurt Fachkräfte gewinnen und langfristig halten kann.

Fachkräftemangel aktiv angehen

- Gezielte **Anwerbung im Ausland**, jährliche Kontingente sowie Projekte für Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen oder für qualifizierte Seiteneinsteiger
- Fachkräftemangel als **Querschnittsaufgabe der Stadtpolitik** begreifen und konsequent angehen
- **Teilhabe erleichtern**: durch individuelle Beratung, familienorientierte Angebote sowie Sprach- und Qualifizierungsprogramme

Frankfurt attraktiv für internationale Fachkräfte machen

- **Mehrsprachige Kita- und Schulangebote** sowie attraktive Gesundheits- und Freizeitangebote
- **Zentrale Anlaufstellen und Beratungsangebote**, die Orientierung und Teilhabe erleichtern
- Eine **offene Stadt**, in der sich internationale Fachkräfte wirklich willkommen fühlen

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine Stadt sein, in der **Zuwanderung, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit** zusammen gedacht und praktisch umgesetzt werden. Eine Stadt, die niemanden zurücklässt – und in der Lebensqualität, Chancen und Würde für alle erreichbar sind.

Teilhabe und Fachkräftepolitik gehören zusammen.

Frankfurt kann nur dann international konkurrenzfähig und wirtschaftlich stark bleiben, wenn Menschen von Anfang an willkommen geheißen und unterstützt werden. Ein effizientes, modernes und bürgernahes Immigration Office ist dafür der **erste und entscheidende Schritt**.

11. Finanzen & Haushaltsführung

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt ist eine wachsende und vielfältige Stadt – doch finanziell steht sie seit Jahren unter erheblichem Druck. Der städtische Haushalt ist stark belastet durch hohe Sozialausgaben, steigende Personalkosten, kostenintensive Infrastrukturprojekte sowie Altschulden. Hinzu kommen fehlgeleitete Prioritäten, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zusätzlich einschränken.

Während für Prestigeobjekte enorme Summen ausgegeben wurden, fehlen in vielen Schulen funktionierende Toiletten oder sanierte Gebäude. Viele Frankfurterinnen und Frankfurter stellen deshalb zu Recht die Frage: Warum ist Geld für Prestigeobjekte vorhanden, aber nicht für die Grundbedürfnisse der Stadtgesellschaft?

Gleichzeitig steigen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger: Marode Schulen müssen saniert werden, mehr bezahlbarer Wohnraum ist notwendig, Mobilität soll verbessert und klimafreundlicher gestaltet werden, und die Verwaltung muss digitaler und effizienter arbeiten.

Statt langfristiger Strategien erleben viele Menschen jedoch Flickschusterei. Es mangelt an Transparenz, an klarer Prioritätensetzung und an überprüfbaren Zielen. Entscheidungen werden häufig kurzfristig und mit hohen Kosten getroffen, ohne die tatsächliche Wirkung systematisch zu evaluieren. Finanzmittel fließen oft dorthin, wo kurzfristig politischer Druck entsteht – nicht dorthin, wo sie den größten Nutzen für die Stadtgesellschaft hat.

UNSERE HALTUNG

Bürgerorientierung statt Prestige – Verantwortung statt Verschwendung

Wir stehen für eine ehrliche, transparente und bürgernahe Haushaltspolitik. Das Geld der Stadt gehört den Menschen in Frankfurt – und muss verantwortungsvoll, effizient und gerecht eingesetzt werden. Jede Ausgabe muss sich daran messen lassen, ob sie den Frankfurterinnen und Frankfurtern konkret nützt und ihre Lebensqualität verbessert.

Ein gerechter Haushalt bedeutet für uns, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Kitas, Schulen, bezahlbares Wohnen, soziale Sicherheit und eine moderne Infrastruktur müssen Vorrang haben vor Prestigeobjekten und Symbolpolitik.

Gleichzeitig lehnen wir eine Sparpolitik ab, die auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird. Menschen in Armut, Kranke, ältere Menschen, Familien und ehrenamtlich Engagierte dürfen nicht unter Haushaltskürzungen leiden.

Wir setzen uns für eine solide Finanzpolitik ein, die sozial gerecht und nachhaltig ist. Dazu gehören eine bessere Steuerung der Ausgaben, gerechte Einnahmen sowie klug geplante, langfristige Investitionen.

Bürgerhaushalt einführen: „Deine Stadt. Dein Geld.“

Wir wollen einen **Frankfurter Bürgerhaushalt**, weil er:

- **Mehr Transparenz schafft:** Bürgerhaushalte machen sichtbar, wie städtische Mittel eingesetzt werden, und stärken das Vertrauen in politische Entscheidungen.
- **Beteiligung stärkt:** Bürgerinnen und Bürger werden von Betroffenen zu Beteiligten und können finanzpolitische Entscheidungen besser nachvollziehen und mittragen.
- **Bessere Entscheidungen ermöglicht:** Das Wissen und die Alltagserfahrung der Bürger helfen Verwaltung und Politik, Bedarfe realistisch einzuschätzen und Maßnahmen sinnvoll zu priorisieren.
- **Demokratie stärkt:** Ein Bürgerhaushalt erhöht die Legitimation politischer Entscheidungen in Ortsbeiräten, Stadtverordnetenversammlung und Magistrat und stärkt damit die repräsentative Demokratie in Frankfurt.

Frankfurterinnen und Frankfurter sollen jährlich über einen Teil des Haushalts direkt mitentscheiden können.

UNSERE FORDERUNGEN

Klare Prioritäten

- **Prioritäten setzen:** Fokus auf Schulen, Kitas, soziale Infrastruktur, Wohnungsbau und nachhaltige Mobilität.
- Keine teuren Prestigeprojekte ohne erkennbaren Nutzen für die Stadtgesellschaft.
- **Bürgerhaushalt einführen – „Deine Stadt, Dein Geld!“:** Frankfurterinnen und Frankfurter sollen jährlich über einen Teil des kommunalen Haushalts direkt mitbestimmen, an der Planung beteiligt werden, eigene Vorschläge einbringen und Prioritäten mitdiskutieren können.

Mehr Transparenz

- **Haushaltstransparenz erhöhen:** Jährliche öffentliche, verständliche Bürgerberichte über die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben.
- Nachvollziehbare Kosten-Nutzen-Prüfung größerer Projekte.

Effizientere Verwaltung

- **Verschlinkung der Verwaltungsspitzen:** Zusammenlegung von Dezernaten, Ämtern und Dienststellen, wo sinnvoll und effizient.
- **Digitale Verwaltung ausbauen:** Effizientere Prozesse sparen Kosten, Zeit und entlasten Personalressourcen.

Solide Finanzpolitik

- **Schuldenabbau langfristig planen:** Keine kurzfristigen Kürzungen auf Kosten der Lebensqualität, sondern nachhaltige und planbare Haushaltskonsolidierung.
- **Gerechte Einnahmen sichern:** Stärkere Beteiligung großer Konzerne und Immobiliengesellschaften an den Kosten der Stadt.
- Konsequente Erhebung der Gewerbesteuer.

Vermögen sinnvoll nutzen

- **Veräußerung unrentabler und leerstehender städtischer Liegenschaften:** Zur Reduzierung hoher Unterhaltskosten.
- **Fördermittel effizient nutzen:** Städtische Fachstellen sollen gezielt Förderprogramme akquirieren, damit Frankfurt gegenüber anderen Städten nicht zurückfällt.

Zusammenhalt sichern

- **Ehrenamt und Vereine absichern:** Keine Kürzungen bei Zuschüssen für Vereine sowie Kultur- und Sozialprojekte – sie sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
- **Klimafreundliche Investitionen priorisieren:** Investitionen in nachhaltige Energie, Gebäudesanierung und Verkehr zahlen sich langfristig finanziell und ökologisch aus.

UNSER ZIEL

Frankfurt verfügt über enormes Potenzial. Als starker Wirtschaftsstandort mit einer engagierten Bürgerschaft kann die Stadt innovative Finanzierungsmodelle entwickeln, die nicht nur Kosten senken, sondern langfristig Einnahmen sichern. Statt Kürzungen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger braucht es kluge Investitionen, die Frankfurt als lebenswerte Stadt stärken.

Wir wollen ein Frankfurt,

- das mit dem Geld der Bürger verantwortungsvoll umgeht,
- Prioritäten dort setzt, wo sie im Alltag spürbar sind,
- transparent entscheidet und die Menschen beteiligt.

Nicht Symbolpolitik – sondern Nutzen.

Nicht Verschwendung – sondern Verantwortung.

BIG steht für eine bürgernahe Haushaltspolitik, die zuhört, erklärt, beteiligt und Entscheidungen transparent macht.

12. Vielfalt & Teilhabe

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt ist eine Stadt der Vielfalt. Menschen aus über 180 Nationen leben hier zusammen, rund **57 Prozent der Bevölkerung haben eine Zuwanderungsgeschichte**. Diese gelebte Vielfalt ist eine der größten Stärken unserer Stadt. Sie bereichert Frankfurt durch unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Perspektiven. Zugleich bestehen weiterhin soziale Spannungen, Ungleichheiten und Formen von Ausgrenzung.

Viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich noch immer nicht ausreichend repräsentiert. Sie stoßen auf sprachliche, bürokratische oder gesellschaftliche Hürden. Ob im Bildungssystem, im Beruf, in der Verwaltung oder im Alltag – **gleiche Chancen sind nicht für alle selbstverständlich**. Besonders junge Menschen berichten von Benachteiligungen bei Bewerbungen, der Wohnungssuche oder im Bildungssystem.

Migrantenselbstorganisationen leisten wertvolle Arbeit, häufig ehrenamtlich, erhalten jedoch bislang nur begrenzte Unterstützung durch die Stadt. Auch in Führungspositionen, im öffentlichen Dienst und in der Kommunalpolitik spiegelt sich die Vielfalt Frankfurts noch immer nicht ausreichend wider. Viele Bürgerinnen und Bürger mit internationalem Hintergrund engagieren sich gesellschaftlich, tragen zum wirtschaftlichen Erfolg bei und bereichern das kulturelle Leben, haben dennoch oft das Gefühl, nicht ausreichend gesehen oder gehört zu werden.

Darüber hinaus steht auch die politische Teilhabe vor Herausforderungen. Politikverdrossenheit, sinkende Wahlbeteiligung und wachsender Extremismus gefährden das Vertrauen in die Demokratie. Viele Menschen fühlen sich von der Politik nicht mehr gehört oder einbezogen. Gerade in einer internationalen Stadt wie Frankfurt ist es entscheidend, **eine lebendige Kultur der Mitbestimmung und Beteiligung zu stärken**.

Politische Teilhabe bedeutet für uns nicht nur Wahlen, sondern auch aktive Mitgestaltung im Alltag. Bürgerinnen und Bürger müssen das Gefühl haben, dass ihre Stimme zählt und ihre Anliegen ernst genommen werden.

UNSERE HALTUNG

Wir verstehen Vielfalt als Stärke unserer Stadt. Frankfurt lebt von seiner internationalen Bevölkerung, von kultureller Vielfalt und der Begegnung **unterschiedlicher Lebenswege**. Teilhabe ist für uns kein Privileg, sondern ein Grundrecht.

Wir stehen für eine Politik, die jedem Menschen in Frankfurt die gleiche Möglichkeit gibt, seine Fähigkeiten und Talente einzubringen – unabhängig von Herkunft, Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder sozialem Hintergrund. Wir setzen uns für Chancengleichheit, kulturelle Teilhabe und eine offene, respektvolle Stadtgesellschaft ein, in der alle dazugehören.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der niemand ausgegrenzt oder benachteiligt wird, sondern in der Vielfalt als Normalität und Bereicherung verstanden wird.

Unsere Leitidee: Gleiche Chancen für alle – ohne Ausgrenzung, ohne Ausnahme.

UNSERE FORDERUNGEN

Vielfalt und Teilhabe fördern und stärken

- **Kommunales Wahlrecht für alle**, die in Frankfurt leben: Menschen ohne deutschen Pass sollen über ihre Stadt mitentscheiden dürfen. Wenn EU-Bürger dieses Recht haben, muss es auch für Bürgerinnen und Bürger anderer Nationalitäten gelten. Ihre Meinung ist nicht weniger wert als die anderen Frankfurterinnen und Frankfurter. Jede Stimme zählt gleich viel.
- **Barrierefreie und mehrsprachige Wahlinformationen**, auch in leichter Sprache.
- **Migrantenförderplan**: Kulturelle Vielfalt in Führungspositionen gezielt erhöhen, auch in städtischen Betrieben.
- **Gleichbehandlung aller Religionen.**
- **Islamunterricht als reguläres Schulfach** mit gleicher Anerkennung wie evangelischer oder katholischer Religionsunterricht.
- **Interkulturelle Qualifizierung im öffentlichen Dienst**: Verwaltung und städtische Einrichtungen sollen die Vielfalt der Stadt widerspiegeln.
- **Gezielte Förderung von Sport-, Kultur- und Migrantenvereinen**: Vereine sind Orte der Begegnung und des Zusammenhalts und müssen finanziell sowie strukturell stärker unterstützt werden.
- **Räume für Vielfalt**: Migrantenvereine, Jugendgruppen und Initiativen sollen gezielt unterstützt und bei der Raumsuche bevorzugt berücksichtigt werden.
- **Mehrsprachige Verwaltung**: Wichtige städtische Informationen wie Formulare, Bescheide und Notfallinformationen sollen mehrsprachig zugänglich sein.
- **Feste der Vielfalt fördern**: Interkulturelle Straßen- und Stadtteulfeste sowie religiöse und kulturelle Veranstaltungen gezielt unterstützen, um Begegnungen zu ermöglichen und Barrieren abzubauen.

Frankfurt ist stark, wenn alle mitgestalten können.

Vielfalt ist kein Nebenthema – sie ist Zukunftspolitik.

UNSER ZIEL

Wir wollen ein Frankfurt, in dem Menschen nicht nur leben, sondern sich wirklich **zuhause fühlen**: mit gleichen Rechten, gleichen Chancen und echter Anerkennung.

13. Antidiskriminierung

HERAUSFORDERUNG

Frankfurt ist eine internationale und vielfältige Stadt – doch auch hier sind **Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung bittere Realität**. Viele Menschen berichten von Benachteiligungen bei der Wohnungssuche, im Arbeitsleben oder im Bildungssystem, nur weil ihr Name „fremd“ klingt, ihre Hautfarbe nicht dem vermeintlichen Mehrheitsbild entspricht oder sie ein Kopftuch tragen.

Studien zeigen, dass Bewerberinnen und Bewerber mit ausländisch klingenden Namen schlechtere Chancen auf Vorstellungsgespräche haben. Auf dem Wohnungsmarkt erleben viele Menschen strukturelle Benachteiligung. Auch im Alltag – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei Behördengängen – kommt es immer wieder zu Anfeindungen und Diskriminierungserfahrungen.

Öffentliche Debatten über Geflüchtete, das Stadtbild oder internationale Konflikte verdeutlichen, wie präsent Ausgrenzung und Vorurteile auch in Frankfurt sind. Hinzu kommt ein **starker Anstieg von Hass und Hetze im Internet**. Diffamierungen, Beleidigungen und Bedrohungen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Besonders betroffen sind Frauen sowie Menschen mit sichtbarer Migrationsgeschichte. Häufig bleibt dieser Hass folgenlos, da Betroffene nicht wissen, an wen sie sich wenden können, oder scheuen rechtliche Schritte, da diese oft kompliziert und belastend sind.

Auch **Islamfeindlichkeit** hat in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Insbesondere Frauen mit Kopftuch sind im Alltag häufig Anfeindungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Diese Entwicklungen gefährden den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt nachhaltig.

UNSERE HALTUNG

Wir sagen klar: **Frankfurt darf kein Ort für Hass, Diskriminierung oder Extremismus sein**. Unsere Stadt muss ein Raum sein, in dem sich alle Menschen sicher, respektiert und geschützt fühlen können – unabhängig von Religion, Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder sozialem Status.

Wir stehen für eine konsequente **Null-Toleranz-Politik** gegenüber Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wer in Frankfurt lebt, muss sich darauf verlassen können, dass seine Rechte geschützt und seine Würde geachtet werden.

Unser Ziel ist eine solidarische Stadtgesellschaft, die auf **Respekt, Gleichbehandlung und gegenseitiger Achtung** basiert. Diskriminierung darf nicht relativiert oder kleingeredet werden. Sie muss sichtbar gemacht, konsequent bekämpft und wirksam sanktioniert werden. **Unser Motto lautet: Vereinen statt spalten.**

UNSERE FORDERUNGEN

- **Kommunale Antidiskriminierungsstellen:** Einrichtung leicht zugänglicher Beratungsstellen, die Betroffene unterstützen, beraten und rechtlich begleiten.
- **Maßnahmenplan gegen Diskriminierung:** Entwicklung eines städtischen Gesamtkonzepts zur Minderung von Diskriminierung im Bildungs-, Arbeits- und Wohnungsmarkt, um Gleichbehandlung in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.
- **Härtere Sanktionen bei Diskriminierung:** Arbeitgeber oder Vermieter, die nachweislich diskriminieren, müssen konsequent sanktioniert werden.
- **Antirassismus-Beauftragte für Frankfurt:** Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle zur Koordinierung von Prävention, Beschwerdebearbeitung und Maßnahmen.
- **Gesellschaftliche Anerkennung und Sensibilisierung:** Mehr städtische Kampagnen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, um den Wert von Zusammenhalt sichtbar zu machen.
- **Schulungen für Behörden und Polizei:** Regelmäßige Fortbildungen zu Antirassismus, Diversität und interkultureller Kompetenz.
- **Schutz vor Hass im Netz:** Einrichtung einer städtischen Meldestelle für Hate Speech, enge Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden sowie stärkere Präventionsarbeit an Schulen.
- **Mehr Unterstützung für Opfer rechter Gewalt:** Kostenlose Rechtsberatung und psychologische Betreuung für Betroffene.
- **Keine Bühne für Extremismus:** Konsequentes Vorgehen gegen rechte und extremistische Gruppierungen, die Hass und Ausgrenzung in Frankfurt verbreiten.
- **Systematische und transparente Erfassung rassistischer Straftaten:** Diskriminierung sichtbar machen, Opfer konsequent schützen und aus den Lehren des NSU-Versagens, des Anschlags in Halle und der Hanau-Morde konsequent handeln.

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine **Vorreiterstadt im Kampf gegen Diskriminierung** werden – ein starkes Vorbild für Vielfalt, Respekt und Gleichbehandlung.

14. Sicherheit & Ordnung

HERAUSFORDERUNG

Sicherheit gehört zu den zentralen Bedürfnissen der Menschen. In Frankfurt bestehen jedoch spürbare Probleme: Bestimmte Orte, Bahnhöfe und Haltestellen werden von vielen als Angsträume wahrgenommen – insbesondere von Frauen, Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren.

Neben klassischer Kriminalität wie Einbrüchen oder Drogenhandel nehmen auch Belästigungen, Gewaltvorfälle und Vandalismus zu. Gleichzeitig wächst bei vielen der Eindruck, dass Polizei und Ordnungsbehörden nicht überall ausreichend präsent sind. Verunsicherung entsteht dabei nicht nur durch tatsächliche Vorfälle, sondern auch durch das Gefühl mangelnder Reaktion oder zu langer Einsatzzeiten.

Auch Lärmbelästigung, Vermüllung und Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl vieler Frankfurterinnen und Frankfurter. Sicherheit ist daher nicht nur eine Frage der Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch des Alltags: Wie sicher fühlen sich Menschen in Parks, in der Innenstadt oder auf dem Heimweg von der Bahn?

UNSERE HALTUNG

Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit, Teilhabe und Zusammenhalt. Eine Stadt, in der sich Menschen unsicher fühlen, verliert Vertrauen – in den öffentlichen Raum, in den Staat und in das Miteinander.

Wir denken Sicherheit ganzheitlich: Sie bedeutet Schutz vor Kriminalität, aber auch vor Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung und Verwahrlosung im öffentlichen Raum. Gerade für sensible Bereiche wie das Bahnhofsviertel braucht Frankfurt mutige, pragmatische und sozial ausgewogene Lösungen, die Ordnung, Sicherheit und soziale Unterstützung miteinander verbinden.

Wir setzen auf Prävention statt bloßer Repression. Mehr Polizei allein löst keine Probleme. Notwendig sind ergänzend soziale Maßnahmen, Integration, Jugendarbeit und städtebauliche Verbesserungen, die Kriminalität vorbeugen und die Sicherheit fördern. Gleichzeitig braucht Frankfurt eine handlungsfähige Polizei und ein Ordnungsamt, das sichtbar, ansprechbar und konsequent handelt.

Sicherheit und Ordnung dürfen nicht auf Kosten von Freiheit oder Vielfalt gehen. Wir stehen für **Null Toleranz gegenüber Gewalt, Kriminalität und Extremismus – ebenso wie für Null Toleranz gegenüber pauschaler Stigmatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen.**

UNSERE FORDERUNGEN

Mehr Präsenz & Prävention

- **Mehr Präsenz im öffentlichen Raum:** Stadtpolizei und Ordnungsamt sollen in Bahnhöfen, Parks und Problemvierteln deutlich sichtbarer sein. Mobile Wachen schaffen zusätzliche Anlaufstellen.

- **Prävention in den Stadtteilen stärken:** Ausbau von Quartiersarbeit, Jugendzentren und sozialer Infrastruktur zur Vorbeugung von Perspektivlosigkeit und Kriminalität.

Sichere öffentliche Räume

- Bessere Beleuchtung und gezielte Videoüberwachung an gefährlichen Orten wie Bahnhöfen, Tiefgaragen und Parks – unter strikter Einhaltung des Datenschutzes.
- **Schutz für Frauen und Mädchen:** Ausbau von Notrufsystemen, sichere und gut beleuchtete Heimwege sowie mehr Beratungsstellen für Opfer von Gewalt.

Sauberkeit & Ordnung konsequent durchsetzen

- **Sauberkeit als Sicherheitsfaktor:** Mehr Stadtreinigung, konsequentes Vorgehen gegen Vermüllung und illegale Müllablagerungen.
- **Sauberkeit und Ordnung konsequent durchsetzen:**
 - 48-Stunden-Garantie zur Beseitigung von Müll und illegalem Sperrmüll
 - Mehr Kontrollen und konsequente Bußgelder
 - Schwerpunkte im Bahnhofsviertel, in B-Ebenen und der Innenstadt

Bahnhofsviertel neu ordnen

- **Sicherheit und Sauberkeit im Bahnhofsviertel:** Als Visitenkarte der Stadt braucht das Viertel ein sicheres, sauberes und attraktives Umfeld.
- **Soziale Verantwortung und Ordnung verbinden:** Sicherheitspolitik muss mit Hilfs- und Beratungsangeboten für suchtkranke und wohnungslose Menschen verknüpft werden.

Drogenpolitik mit Verantwortung

- **Anti-Drogen-Strategie:** Kombination aus Prävention durch Aufklärung und Beratung sowie konsequentem Vorgehen gegen Drogenhandel im öffentlichen Raum.
- **Offene Drogenszene beenden:** Orientiert am Züricher Modell – verbunden mit Hilfs-, Therapie- und Ausstiegsangeboten für Abhängige.
- **Null Toleranz für Dealer:** Aufenthaltsverbote und konsequentes Vorgehen gegen Drogenhandel.

Verkehrs- & Krisensicherheit

- **Verkehrssicherheit stärken:** Konsequentes Vorgehen gegen Raser, mehr Kontrollen für Auto- und Radverkehr sowie der Ausbau sicherer Schulwege und Fahrradstreifen.
- **Krisenprävention stärken:** Bessere Ausstattung von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz zur Vorbereitung auf Brände, Naturkatastrophen und andere Krisen.

Bürger einbinden

- **Bürgerbeteiligung ausbauen:** Einrichtung von Sicherheitsforen in allen Stadtbezirken, in denen Polizei, Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam Probleme benennen und Lösungen entwickeln.

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen jederzeit sicher fühlen können – in der Innenstadt, im Park, im Bus und auf dem Heimweg.

Sicherheit ist ein Menschenrecht. Für dieses Recht übernehmen wir Verantwortung – mit Präsenz, Prävention und einer Politik, die Ordnung und Menschlichkeit verbindet.

15. Bürgerorientierung, Digitalisierung & Barrierefreiheit

HERAUSFORDERUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich im Alltag nicht ausreichend gehört oder gar abgehängt – sei es bei Stadtentwicklung, bei Infrastrukturfragen oder in der sozialen Teilhabe. Während einige eine hohe Lebensqualität genießen, kämpfen andere mit Armut, Wohnungslosigkeit oder fehlenden Perspektiven. Hinzu kommt, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungsprozessen angemessen vertreten sind.

Auch das Ehrenamt, eine tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Frankfurt, leidet unter Nachwuchsmangel, fehlender Anerkennung und steigende Anforderungen erschweren das Engagement. Gleichzeitig wird das Miteinander durch wachsende soziale Ungleichheit und politische Polarisierung zunehmend belastet.

Die Digitalisierung verändert nahezu alle Lebensbereiche: Arbeit, Bildung, Verwaltung, Gesundheit und das soziale Miteinander. Frankfurt steht vor der Aufgabe, diese Chancen gerecht zu verteilen. Der Zugang zu schnellem Internet, moderner Technik und digitaler Kompetenz entscheidet immer stärker über Teilhabe und Zukunftschancen. Doch nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen.

Noch immer sind viele Schulen technisch unzureichend ausgestattet, Internetverbindungen in manchen Stadtteilen unzuverlässig, und insbesondere ältere Menschen sowie einkommensschwache Familien haben Schwierigkeiten, mit der digitalen Entwicklung Schritt zu halten. Zusätzlich schaffen der Einsatz Künstlicher Intelligenz, Fragen des Datenschutzes und digitale Desinformation neue Unsicherheiten.

Parallel dazu bleibt Inklusion eine zentrale Aufgabe: Menschen mit Behinderungen dürfen weder analog noch digital von Bildung, Arbeit oder dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Dennoch sind viele öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel und Online-Angebote weiterhin nicht barrierefrei zugänglich.

UNSERE HALTUNG

Eine lebendige Stadtgesellschaft lebt von Teilhabe, Respekt und Zusammenhalt. Eine funktionierende Stadt ist mehr als Infrastruktur und Verwaltung – sie ist ein Gemeinwesen, getragen von Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen.

Für uns bedeutet Stadtgesellschaft, dass alle dazugehören – unabhängig von Herkunft, Religion, sozialem Status oder Geschlecht. Frankfurt soll eine Stadt sein, in der Vielfalt geschätzt wird und Brücken zwischen Generationen, Milieus und Kulturen gebaut werden.

Eine solidarische Stadt braucht Räume der Begegnung, aktive Bürgerbeteiligung und die gezielte Förderung von Engagement. Sie braucht eine Kultur, in der Respekt, Anerkennung und Fairness selbstverständlich gelebt werden.

Digitalisierung darf kein Privileg für Wohlhabende oder Technikaffine sein. Sie muss allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zugutekommen. Unser Ziel ist eine Stadt, in der digitale Innovation **bürgerfreundlich, sozial, gerecht, effizient und barrierefrei** gestaltet wird.

Digitalisierung und Inklusion gehören untrennbar zusammen. Digitale Technologien entfalten ihr Potenzial nur dann, wenn sie für alle zugänglich sind. Dabei muss klar sein: Technik muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt.

UNSERE FORDERUNGEN

Bürgerbeteiligung & Zusammenhalt stärken

- **Bürgerbeteiligung stärken und modernisieren:** Mehr Dialogforen, Bürgerbefragungen und Bürgerräte sowie der Ausbau digitaler Beteiligungsplattformen in allen Stadtteilen.
- **Solidarität organisieren:** Einführung eines kommunalen Solidaritätsbudgets, das schnell und unbürokratisch Hilfe in akuten Notlagen ermöglicht.
- **Nachbarschaften stärken:** Ausbau von Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern sowie die Schaffung offener Begegnungsorte für alle.
- Mehr Investitionen in benachteiligte Viertel, transparente Verteilung von Fördermitteln und gezielte Stärkung lokaler Initiativen.

Digitale Teilhabe sichern

- **Digitale Grundversorgung sichern:** Kostenloses, leistungsstarkes WLAN in öffentlichen Gebäuden, auf zentralen Plätzen, in Parks und in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- **Digitale Chancengleichheit in Schulen:** Jede Schülerin und jeder Schüler erhält ein eigenes digitales Endgerät, um soziale Ungleichheit bei der Ausstattung zu beenden.
- **Schutz vor digitaler Ausgrenzung:** Förderprogramme für einkommensschwache Familien, damit Internet- und Gerätezugang nicht vom Einkommen abhängen.
- **Digitallotsen für Frankfurt:** Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für ältere Menschen, zur Unterstützung im sicheren Umgang mit digitalen Angeboten.

Moderne, bürgernahe Verwaltung

- **Verwaltung vereinfachen und digitalisieren:** „Alles-aus-einer-Hand“-Service, digitale Anträge, feste Bearbeitungsfristen, weniger Bürokratie, mehrsprachige Bürgerdienste und eine einfache Terminvergabe.
- **Digitales Bürgeramt:** Zentrales Online-Portal zur sicheren und unkomplizierten Erledigung aller gängigen Verwaltungsangelegenheiten von zuhause.
- **Effiziente Online-Termine:** Deutlich kürzere Wartezeiten durch zusätzliches Personal und optimierte Abläufe in Bürgerämtern, bei der Kfz-Zulassung und im Frankfurt Immigration Office.
- **Persönliche Beratung sichern:** Ämter bleiben zu festen Zeiten auch ohne Termin zugänglich.
- **Analoge Zugänge erhalten:** Brief, Telefon und persönlicher Kontakt bleiben bestehen, damit niemand durch Digitalisierung ausgeschlossen wird.
- **Klare, verständliche Verwaltungssprache:** Alle Informationen der Stadtverwaltung und städtischer Unternehmen müssen korrekt, verständlich und barrierefrei formuliert sein. Auf Sonderzeichen wie Sternchen oder Doppelpunkte wird zugunsten einer einheitlichen, gut lesbaren Sprache verzichtet.

Transparenz & verantwortungsvolle Digitalisierung

- **Transparenz bei KI und Medien:** Kennzeichnung KI-generierter Inhalte in städtischen Informationskanälen zur Vermeidung von Desinformation.
- **Digitale Bürgerbeteiligung ausbauen:** Online-Plattformen für Stadtentwicklung, Umwelt- und Verkehrsfragen.
- **Smart City sozial gestalten:** Digitale Lösungen in Verkehr, Energie und Verwaltung ausbauen – stets mit Datenschutz und Teilhabegerechtigkeit als Leitlinien.

Barrierefreiheit konsequent umsetzen

- **Barrierefreie öffentliche Orte:** Barrierefreier Ausbau von ÖPNV-Stationen, öffentlichen Gebäuden und Spielplätzen.
- **Toiletten barrierefrei gestalten:** Barrierefreie öffentliche Toiletten mit ausreichend Platz, Haltegriffen und gut zugänglichen Eingängen.
- **Barrierefreie Verwaltung:** Alle städtischen Websites, Online-Dienste, Apps, Dokumente und Formulare müssen barrierefrei und nach internationalen Standards gestaltet sein.
- **Inklusion konsequent umsetzen:** Mehr Investitionen in barrierefreie Gebäude, Kulturangebote und digitale Hilfsmittel für Menschen mit Behinderungen.
- Unterstützung der Umsetzung durch ehrenamtliche Stadtteilbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Digitale Unterstützung für Inklusion

- Zentrale Plattform oder App für Barrierefreiheit:
 - Echtzeitinformationen zur Barrierefreiheit öffentlicher und privater Orte
 - Navigation für Menschen mit Behinderungen, Senioren und Familien
 - Auffinden barrierefreier Toiletten, Aufzüge, Rampen und Leitsysteme
 - Möglichkeit, Barrieren zu melden und zu kontinuierlichen Verbesserungen beitragen

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine **digitale, inklusive und bürgernahe Stadt** sein, in der niemand zurückgelassen wird. Eine Stadt, die Innovation mit Menschlichkeit verbindet, Teilhabe ermöglicht und Barrieren – analog wie digital – konsequent abbaut.

16. Kultur

HERAUSFORDERUNG

Kultur ist der Herzschlag einer Stadt. Sie stiftet Identität, ermöglicht Begegnung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer vielfältigen Stadtgesellschaft. Frankfurt verfügt über eine breite und vielfältige Kulturlandschaft mit renommierten Theatern und Museen, Orchestern, Festivals sowie einer lebendigen freien Szene.

Doch ist die Kulturpolitik häufig von ungleicher Förderung, hohen Eintrittspreisen und mangelnder Unterstützung kleiner, freier Initiativen geprägt. Während große Kultureinrichtungen regelmäßig hohe städtische Zuschüsse erhalten, kämpfen freie Theatergruppen, migrantische Kulturvereine und Jugendinitiativen oft um ihre Existenz.

Dabei sind gerade sie es, die Kultur nah an die Menschen bringen, Teilhabe ermöglichen und Vielfalt, Integration sowie kreative Ausdrucksformen fördern. Ohne eine gezielte Stärkung droht ein Verlust an kultureller Breite und gesellschaftlicher Offenheit.

UNSERE HALTUNG

Wir sind überzeugt: Kultur ist kein Luxus, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie darf nicht einer kleinen Elite vorbehalten sein, sondern muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein – unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialem Hintergrund.

Wir stehen für eine Kulturpolitik, die Vielfalt sichtbar macht, Menschen beteiligt und Räume für Begegnung schafft. Kultur ist eine zentrale Grundlage für Zusammenhalt, Kreativität und gegenseitigen Respekt in einer pluralen Stadtgesellschaft – und damit ein zentraler Bestandteil einer lebenswerten Stadt.

UNSERE FORDERUNGEN

- **Kulturelle Vielfalt gezielt fördern:** Migrantische Kulturvereine, Jugendinitiativen und freie Theatergruppen finanziell, organisatorisch und durch den Zugang zu geeigneten Räumen stärker unterstützen.
- **Kultur für alle öffnen:** Kostenfreie oder deutlich ermäßigte Eintrittskarten für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Seniorinnen und Senioren sowie einkommensschwache Familien.
- **Kulturelle Bildung ausbauen:** Enge Kooperationen zwischen Schulen und Kulturinstitutionen fördern, etwa durch Theaterprojekte, Museumsbesuche, Musik- und Kunstangebote, um Kinder früh an Kultur heranzuführen.
- **Kulturelle Infrastruktur sichern:** Stadtteilzentren und Bibliotheken als Orte von Kultur, Bildung und Begegnung erhalten, stärken und modernisieren.
- **Transparenz bei Kulturausgaben schaffen:** Kulturelle Förderungen für große Kultureinrichtungen regelmäßig überprüfen und Mittel ausgewogener zwischen großen Einrichtungen und der freien Szene verteilen.

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine Kulturstadt für alle sein. Wir wollen eine Stadt, in der kulturelle Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängt und in der Bürgerinnen und Bürger Kultur nicht nur konsumieren, sondern aktiv mitgestalten können – lebendig, offen und vielfältig.

17. Frieden & internationale Verantwortung

HERAUSFORDERUNG

Kriege, bewaffnete Konflikte und Flucht prägen auch das Leben vieler Frankfurterinnen und Frankfurter. Menschen aus der Ukraine, aus Palästina und aus anderen Krisenregionen suchen hier Schutz, während zugleich Unsicherheit, Polarisierung und gesellschaftliche Spannungen zunehmen.

Die großen geopolitischen Konflikte unserer Zeit sind für viele Menschen in Frankfurt keine abstrakten Nachrichten, sondern persönliche Schicksale: Familien bangen um Angehörige, Geflüchtete kämpfen um Sicherheit und Eingliederung. Gleichzeitig werden internationale Konflikte auch hier in unserer Stadt emotional und kontrovers diskutiert – Debatten, die zunehmend von bestimmten ideologischen Gruppen instrumentalisiert werden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Frankfurt steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits braucht es eine klare Haltung für Menschenrechte, Völkerrecht und Frieden. Andererseits gilt es, den lokalen Zusammenhalt zu stärken und ein respektvolles Miteinander in einer vielfältigen Stadtgesellschaft zu bewahren.

UNSERE HALTUNG

Als BIG stehen wir für Frieden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit – lokal wie global. Für uns ist klar: Die Menschenwürde ist unantastbar, Menschenrechte sind unteilbar und dürfen nicht nach doppelten Standards angewendet werden.

Frankfurt soll eine Stadt sein, die Haltung zeigt – gegen Krieg, Unterdrückung, Vertreibung und Waffenexporte – und zugleich den hier lebenden Betroffenen Schutz, Teilhabe und Perspektiven bietet. Kommunen können und müssen dabei eine aktive Rolle übernehmen: durch internationale Partnerschaften, durch die Unterstützung von Geflüchteten, durch Bildungsarbeit und durch die Förderung einer lebendigen Friedenskultur.

Unsere Haltung ist eindeutig:

- **„Nie wieder Krieg“ muss für alle gelten – ohne Ausnahme und ohne selektive Anwendung.**
- **Frieden, Gerechtigkeit sowie die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten müssen weltweit und ohne Doppelstandards gelten, ob in Palästina, der Ukraine, im Sudan oder in anderen Konfliktregionen.**
- **Menschenrechte gelten überall dort, wo Menschen unter Gewalt, Vertreibung und Unterdrückung leiden – unabhängig von Herkunft oder geopolitischen Interessen.**
- **Frankfurt soll Vorbildstadt sein:** solidarisch, weltoffen, konsequent gegen Doppelmoral und gegen jede Form von Extremismus.

UNSERE FORDERUNGEN

- **Klares Bekenntnis zu Frieden und Völkerrecht:** Frankfurt soll aktiv Resolutionen und Initiativen unterstützen, die Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte in allen Krisengebieten einfordern.
- **Internationale Städtepartnerschaften ausbauen:** Auch Partnerschaften mit Städten in Krisen- und Konfliktregionen – etwa in Palästina – sollen konkrete Solidarität, Austausch und zivile Zusammenarbeit ermöglichen.
- **Geflüchtete gezielt unterstützen:** Ausbau integrationsorientierter Angebote wie Sprachkurse, Anerkennung von Qualifikationen, soziale Beratung und interkulturelle Begegnungsräume.
- **Rüstungsexporte thematisieren:** Als international vernetzte Stadt soll Frankfurt auf Bundesebene klare Zeichen gegen Waffenexporte in Krisen- und Kriegsregionen setzen.
- **Bildung für Frieden stärken:** Friedenspädagogik, Völkerverständigung und internationale Solidarität sollen fester Bestandteil schulischer Bildungsarbeit werden.
- **Friedenskultur fördern:** Einführung einer jährlichen Frankfurter Friedenswoche mit Veranstaltungen, Diskussionen, kulturellen Beiträgen und Gedenkformaten, die unterschiedliche Communities zusammenbringen.
- **Humanitäre Hilfe ausbauen:** Solidarität mit der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten sichtbar machen und humanitäre Hilfsprojekte fördern – insbesondere für besonders betroffene Regionen wie Palästina.
- **Erinnerungskultur erweitern:** Neben der historischen Verantwortung Deutschlands soll auch das Leid heutiger Kriegsoffer und Geflüchteter stärker in den Blick genommen werden. „Nie wieder“ muss für alle Opfer weltweit gelten.

UNSER ZIEL

Frankfurt soll eine Stadt des Friedens, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit sein – ein Ort, an dem internationale Verantwortung gelebt wird, Vielfalt verbindet und niemand aufgrund seiner Herkunft oder politischen Haltung ausgegrenzt wird.

BIG Partei

Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit

Hanauer Landstraße 328-330
60314 Frankfurt am Main

Telefon: (0 69) 15 32 28 49

Telefax: (0 69) 15 32 28 50

E-Mail: backoffice@bigpartei.de

Website: www.bigpartei.de